

Stadt Zofingen

## **Protokoll des Einwohnerrates**

**Amtsperiode 2006/09**

### **5. Sitzung**

**Montag, 20. Oktober 2008**

**17.30 – 20.42 Uhr im Stadtsaal**

#### **Vorsitz**

Käthi Hagmann, Ratspräsidentin

#### **Protokollführer**

Arthur Senn, Stadtschreiber

#### **Anwesend**

37 Mitglieder des Einwohnerrates

7 Mitglieder des Stadtrates

- Catrin Friedli-Accola, Stadtschreiber-Stv.
- René Küng, Leiter Finanzen und Personal
- Mathias P. Müller, Chef Regionalpolizei
- Werner Ryter, Leiter Bau und Umwelt
- Heinz Schürch, Leiter Seniorenzentrum

#### **Entschuldigungen**

- Stefan Giezendanner, Einwohnerrat
- Philipp Hangartner, Einwohnerrat
- Marc Plüss, Einwohnerrat

<u>Traktanden</u>	<u>Seite</u>
<b>1. Mitteilungen</b>	318
<b>2. Berichterstattung</b>	
GK 165    Berichterstattung des Stadtrates zum Postulat der FDP-Fraktion vom 18. Juni 2007 zur Einführung von Tagesstrukturen an den Zofinger Volksschulen (GK 101, überwiesen am 22. Oktober 2007)	321
<b>3. Voranschlag</b>	
GK 166    Voranschlag 2009 inkl. Festsetzung des Gemeindesteuerfusses für 2009; Finanzpläne sowie Projekt- und Investitionskontrolle 2009 – 2013 der Einwohnergemeinde Zofingen	322
<b>4. Kreditbewilligung</b>	
GK 167    Ausbau K315 Mühlethal, Hauptstrasse mit Radstreifen, Strassenbeleuchtung und Bus-Warteeinrichtungen	337
<b>5. Parlamentarische Vorstösse</b>	
GK 173    Dringliche Interpellation von Robert Weishaupt, DYM/CVP, und Mitunterzeichnende vom 20. Oktober 2008 betr. Vandalismus in den Toiletten-Anlagen „Heitere“ (Begründung und Beantwortung)	343
<b>6. Umfrage</b>	344

### **Begrüssung**

Fr. Käthi Hagmann, Ratspräsidentin, begrüsst die anwesenden Mitglieder des Einwohnerrates, des Stadtrates, die Kaderleute der Verwaltung, die Medienvertreter, die Stadtsaalcrew sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne zur fünften Sitzung im Jahr 2008.

Der Rat ist mit 37 Mitgliedern verhandlungsfähig. Nachdem keine Einwände gegen die Traktandenliste gemacht werden, können die Geschäfte in der vorgesehenen Reihenfolge behandelt werden.

### **Mitteilungen**

Nachdem gegen die **Protokolle** der Einwohnerratssitzungen vom 26. Mai und 16. Juni 2008 keine Einwände eingegangen sind, werden diese unter bester Verdankung an den Ratssekretär genehmigt. Das Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 15. September 2008 wird mit dem nächsten Versand zugestellt.

Den Einwohnerrats-Mitgliedern wurde an der heutigen Sitzung das neue **Parkgebührenreglement** verteilt.

Die Vorsitzende plante eine neue **Sitzordnung** einzuführen und hatte dies entsprechend kommuniziert. Daraus erhoffte sie sich ein angenehmeres und offeneres Gesprächsklima bzw. eine Vereinfachung für die Sprechenden. Mit Hilfe von Walter Jöri hat sie verschiedene Varianten ausprobiert, und auch das Ratsbüro hielt deswegen eine Sitzung im Stadtsaal ab. Es hat sich gezeigt, dass die Ideen der Vorsitzenden letztendlich keine Verbesserung bringen würden. Offenbar ist es von den baulichen Voraussetzungen sowie vom Mobiliar her schlicht nicht möglich, einen richtigen Plenarsaal hinzukriegen. Aus diesem Grunde wurde auf das Vorhaben verzichtet. Die Sitzordnung bleibt wie bisher bestehen. Walter Jöri hat heute in eigener Regie die Tische auf der Seite schräg gestellt. Dies als kleine Anlehnung an die eigentlich vorgesehene bzw. gewünschte Sitzordnung.

Die Nominationen der Fraktionen für die **Spezialkommission Gemeindezusammenschluss Zofingen – Uerkheim** sind rechtzeitig eingegangen. Folgende Mitglieder des Einwohnerrates wurden vorgeschlagen:

- Philippe Dietschi, SP
- Hans-Martin Plüss, SP
- Claudia Hauri, FDP
- Daniel Schmid, FDP
- Urs Plüss, DYM
- Markus Schlatter, DYM
- Philipp Hangartner, SVP

Die Vorsitzende bittet die 6 Anwesenden, sich im Anschluss an die ordentliche Sitzung des Einwohnerrates in den kleinen Saal zu begeben, damit die Konstituierung sowie die Wahl des Präsidenten bzw. der Präsidentin der Kommission vorgenommen werden können.

Am 28. Juli 2008 ist **Herr Werner Schär** in seinem 91. Lebensjahr verstorben. Werner Schär war eine bekannte und markante Persönlichkeit von Zofingen. Er war während mehr als 20 Jahren Lehrer an der Bezirksschule, davon mehrere Jahre als Rektor. Seinen beruflichen Höhepunkt hat er 1973 als Gründungsrektor der Kantonsschule Zofingen erreicht. Die Kantonsschule Zofingen fand damals Platz an der Kantonsschule Olten, da es in Zofingen keinen Platz bzw. keine Schulräume hatte. Werner Schär war massgebend an der Entstehung des Bildungszentrums Zofingen beteiligt, welches 1977 eingeweiht wurde und eigentlich als sein Lebenswerk gilt. Politisch war er ebenfalls aktiv. Von 1966 bis 1973 war er für die FDP im Einwohnerrat und war während 4 Jahren Mitglied der Geschäftsprüfungskommission. Auch in anderen Kommissionen hatte er Einsitz. Speziell erwähnt seien die Orts- und Verkehrsplanungskommission, die Kinderfestkommission und die Kadettenkommission. Werner Schär hat sich bis kurz vor seinem Tod für die Belange der Stadt interessiert und engagiert. Die Ratspräsidentin erinnert sich persönlich noch an Leserbriefe, welche er verfasst hat. Vor allem, wenn es um sein grösstes Anliegen – die Bildung – ging. Die Stadt Zofingen wird Werner Schär in ehrender Erinnerung behalten.

Die Vorsitzende bittet alle Anwesenden, sich für eine Gedenkminute von ihren Plätzen zu erheben.

**Stadtschreiber Arthur Senn** hat am 1. Oktober 2008 sein 30-jähriges Dienstjubiläum gefeiert. 1978 ist er als Verwaltungsbeamter von Bremgarten nach Zofingen gekommen. 1980 wurde er Vize-Stadtschreiber und am 1. Mai 1993 Stadtschreiber. Seit dem 1. Juli 2006 übt er ausserdem das Amt des Ratssekretärs im Einwohnerrat aus. In seiner bisherigen Amtszeit hat Arthur Senn mit Willy Loretan, Urs Locher und Hans-Ruedi Hottiger 3 Stadtammänner mit unterschiedlichsten Charakteren erlebt. Arthur Senn ist ein Chefbeamter mit enormem Fachwissen und grosser Loyalität. Ein weiteres Merkmal ist sein verschmitzter Humor, welchen er in diesem Amt zweifellos gebrauchen kann. Als Ratssekretär ist er der Vorsitzenden eine grosse Stütze, und es freut sie sehr, dass sie ihm zu diesem Jubiläum gratulieren darf.

Unter lang anhaltendem Applaus der Anwesenden überreicht die Vorsitzende Stadtschreiber Arthur Senn 3 Flaschen Wein sowie einen Blumenstrauss.

Für Hrn. Arthur Senn, Stadtschreiber, war dies eine grosse Überraschung und es strafft diejenige Aussage, welche besagt, dass der Stadtschreiber sowieso immer alles weiss und nichts ohne ihn geht. Soeben wurde das Gegenteil bewiesen. Er bedankt sich ganz herzlich dafür und fügt an, dass sich die Anwesenden das Aufstehen hätten aufsparen können, bis er beruflich abtritt.

### **Neueingänge**

Folgende parlamentarische Vorstösse sind neu eingegangen:

- Dringliche Interpellation von Robert Weishaupt, DYM/CVP, und Mitunterzeichnende betr. Vandalismus in den Toiletten-Anlagen „Heitere“
- Dringliche Interpellation der SP-Fraktion betr. Vorgezogene Einführung der 3. Etappe der Steuergesetzrevision – Auswirkungen auf die Gemeinde Zofingen

Die Vorsitzende erklärt, dass sie zuerst den beiden Interpellanten das Wort geben wird, damit diese ihre Vorstösse begründen können. Anschliessend wird über die Dringlichkeit abgestimmt. Falls eine oder beide Interpellationen für dringlich erklärt werden sollten, wird der Vorstoss von Robert Weishaupt und Mitunterzeichnende vor der Umfrage und jener der SP-Fraktion vor dem Budget behandelt.

Hr. Robert Weishaupt hält fest, dass „Wieder die Toilette auf dem Heitern demoliert“ der Titel in der Zeitung war. Dies hat ihn so richtig geärgert. Jetzt ist Schluss, der Bogen ist überspannt, das Fass ist voll! Der Einwohnerrat soll mit der Dringlichkeit ein deutliches Zeichen setzen, dass er dies nicht akzeptiert und etwas dagegen unternehmen will. Gemäss einer Studie der Universität Bern sinkt bei den Vandalen auch immer mehr die Hemmnis, gegen Passanten Gewalt anzuwenden. Eine Entwicklung, welche bei allen ernsthaft Besorgnis erregen muss. Rasches Handeln ist jetzt angezeigt. Nicht nur auf der Strasse, sondern auch hier im Saal. Robert Weishaupt wählt heute mit seinem Vorstoss symbolisch die Nummer 117 und hofft, sofort verbunden zu werden. Er bedankt sich für die Unterstützung der Dringlichkeit.

Die Vorsitzende eröffnet die Diskussion über die Dringlichkeit.

Das Wort wird nicht verlangt; die Vorsitzende lässt über die Dringlichkeit abstimmen:

Die Interpellation wird mit 31 Stimmen als dringlich erklärt.

Weshalb soll die Interpellation der SP-Fraktion als dringlich erklärt werden? Hr. Michael Wacker stellt fest, dass der Einwohnerrat heute Abend über ein Budget befinden muss, welches einen Finanzierungsüberschuss von CHF 4,4 Mio. aufweist. Dies sei für den Stadtrat nur knapp befriedigend, wie er dies in der Medienmitteilung vom 3. September 2008 schrieb. Dieser Aussage kann sich die SP anschliessen.

Eine mehr oder weniger umfangreiche Begründung für die Interpellation und ihre Dringlichkeit wurde bereits in dieser selbst schriftlich dargelegt. Michael Wacker möchte trotzdem noch 2 oder 3 Sachen zusätzlich dazu sagen.

Der SP geht es bestimmt nicht darum, gegen die Steuergesetzrevision nochmals anzutreten. Diese Kröte haben 44 % der Aargauer Bevölkerung bereits vor 2 Jahren geschluckt. Es geht darum, dass die vorgezogene Einführung der 3. Etappe nicht mehr der damaligen Vorlage entspricht und – noch wichtiger – um die Art und Weise, wie sie im Grossen Rat durchgepaukt wurde. Dieses Vorgehen war wahrscheinlich auch für die Stadt eine ganz besondere Herausforderung bei der Erarbeitung des Budgets.

Die SP-Fraktion stellt fest, dass das aktuelle Budget der Stadt Zofingen vermutlich aufgrund dieser Herausforderung einige fragwürdige Positionen aufweist. So werden beispielsweise die Pensions- und Pflgetaxen im Seniorenzentrum ziemlich massiv angehoben und die Investitionen für den Hochwasserschutz neu aus dem Eigenwirtschaftsbetrieb Abwasserbeseitigung finanziert, dies verbunden mit einer Tarifierhöhung um 23 % pro m<sup>3</sup> Abwasser in der Laufenden Rechnung. Hierzu teilt der Stadtrat in seiner Botschaft mit, dass die Auswirkungen des geplanten Gewässerreglements im Finanz- und Investitionsplan bereits berücksichtigt sind, obwohl dieses erst an der November-Sitzung vorgelegt wird. Dies wäre eigentlich ein Grund, das Budget zurückzuweisen.

Die SP findet, dass ihre Interpellation genau aus diesen Gründen als dringlich erklärt werden muss. So kann der Stadtrat hier dem Einwohnerrat – aber auch der Bevölkerung – erklären, ob die beiden vorher genannten Massnahmen die Folge dieser vorgezogenen Einführung sind, ob er überhaupt Zeit hatte, sich während der verkürzten Vernehmlassungsfrist von 11 Tagen (im Normalfall sind es 3 Monate) zur Vorlage zu äussern, oder ob er die Vorgabe des Kantons

einfach so als gottgegeben hinnimmt. Diese Fragen sind in der Bevölkerung vorhanden, und es wäre interessant, die Antwort des Stadtrates darauf zu hören.

Die SP-Fraktion weiss aber auch, dass die Kommunikationschefin des Aargauer Finanzministers keine grosse Freude hat an dieser Interpellation und ihren Antrag nicht unterstützen wird. Sollte dem Antrag auf Dringlichkeit wider Erwarten nicht zugestimmt werden, wünscht sich die SP vom Stadtrat und vom Ratsbüro, dass die Beantwortung der Interpellation wenigstens auf die November-Sitzung traktandiert wird.

Die Vorsitzende eröffnet die Diskussion über die Dringlichkeit.

Fr. Patricia Kettner hält fest, dass ihre berufliche Rolle nichts zur Sache tut. Sie spricht hier als Einwohnerrätin und Fraktionspräsidentin der FDP. Die FDP ist der Meinung, dass der Einwohnerrat nicht zuständig ist. Das Volk hat bereits vor 2 Jahren eine Entscheidung zu diesem Thema gefällt, und es darf auch über die vorzeitige Einführung entscheiden. Will der Einwohnerrat hier Wahlkampf betreiben, kann er dies, und er wird dies auch tun, falls es nachher zur Diskussion kommen sollte. Aber es kann nicht sein, dass der Rat hier einen Wahlkampf zu kantonalen und nationalen Themen betreibt. Die FDP lehnt deshalb die Dringlichkeit ab, weil der Einwohnerrat nicht zuständig ist.

Fr. Irma Jordi sieht ebenfalls keine Zuständigkeit beim Einwohnerrat. Es müsste an einem ganz anderen Ort interveniert werden, wenn es um kantonale Sachen geht. Die Fraktion Dynamische Mitte lehnt die Dringlichkeit ebenfalls ab. Wahlkampf betreiben ist wirklich nicht Sache des Einwohnerrates. Wenn davon gesprochen wird, das Budget hätte zurückgewiesen werden sollen, fragt sie sich, was die Mitglieder der FGPK für eine Arbeit geleistet haben. Das Budget, welches die Dynamische Mitte ebenfalls gesehen und geprüft hat, wurde von der FGPK zur Annahme empfohlen. Dies an dieser Stelle zu hinterfragen, ist für Irma Jordi sehr fragwürdig.

Nachdem das Wort nicht weiter gewünscht wird, lässt die Vorsitzende über die Dringlichkeit abstimmen:

Die Interpellation wird mit 21:13 Stimmen als nicht dringlich erklärt.

Die Interpellation wird deshalb an einer der nächsten Sitzungen behandelt.

Art. 120

**GK 165**

**Berichterstattung des Stadtrates zum Postulat der FDP-Fraktion vom 18. Juni 2007 zur Einführung von Tagesstrukturen an den Zofinger Volksschulen (GK 101, überwiesen am 22. Oktober 2007)**

Der Einwohnerrat hat im Voraus eine umfangreiche schriftliche Arbeit zum Projekt Tagesstrukturen erhalten.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, hat keine Ergänzungen zu diesem Geschäft.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet die Vorsitzende die Eintretensdebatte.

Hr. Philippe Dietschi teilt mit, dass die SP wohlwollend und zustimmend Kenntnis nimmt vom Bericht „Pilotprojekt Tagesstrukturen in Zofingen“. Sie möchte der Arbeitsgruppe für die guten Grundlagen, welche für das Pilotprojekt als auch für den Vollausbau in 3 Jahren geschaffen wurden, danken. Die 3 Jahre können einerseits für das Pilotprojekt und andererseits für die weiteren Abklärungen, wie zum Beispiel den Raumbedarf im Gemeindeschulhaus, genutzt werden. Dass Tagesstrukturen in Zofingen ein Bedürfnis sind, wird auch aus dem Bericht selber ersichtlich. Die langen Wartelisten bei den bestehenden Institutionen zeigen dies deutlich und auch, dass Investitionen der Stadt Zofingen benötigt werden, damit die Vereinbarkeit von

Familie und Beruf gefördert werden kann und für die Kinder ein Mehrwert in Form einer besseren Betreuung vorhanden ist.

Die SP-Fraktion ist froh, dass die Elternbeiträge sozialverträglich abgestimmt werden. Das heisst, dass Reduktionen für bedürftige Familien möglich sind. Nach Ansicht der SP wird es entscheidend sein, dass diese Reduktionen einfach im Verfahren sind, damit dies für bedürftige Familien keine Hürde darstellt, um an diese Reduktionen heranzukommen. Erst so kann eine Integration auch wirklich gewährleistet werden, was auch ein Bestandteil der Tagesstrukturen ist. Bereits vor einem Jahr hat die SP erwähnt, sie bedauere, dass dieser Anstoss nicht von ihr, sondern ursprünglich von der FDP stammt. Heute freut sie sich aber gemeinsam mit der FDP über den umfassenden Bericht, wie auch über die kommende Umsetzung. Und gemeinsam können sie sich über die kantonale Politik ärgern. Der reiche Kanton ist noch nicht so progressiv wie die Stadt Zofingen und hat eine Anschubfinanzierung abgelehnt.

Fr. Patricia Kettner steht hier, um „Danke“ zu sagen. In erster Linie dem Stadtrat und der vorbereitenden Gruppe, welche sehr schnell ein gutes Modell vorgelegt haben, das den Zofinger Gegebenheiten gerecht wird. Speziell danken möchte sie Renata Siegrist, welche der Schulpflege angehört und das Projekt geleitet hat. Es gefällt der FDP deshalb, weil es auch ein gerechtes Finanzierungsmodell aufweist und auf Freiwilligkeit basiert. Die FDP-Fraktion ist auf die 3 Jahre Pilotphase sowie auf die Resultate gespannt und hofft, dass dies ein Projekt ist, welches Zofingen weiterhin attraktiv macht. Einen Wermutstropfen gibt es bei diesem Geschäft dennoch, und die FDP wird beim Budget darauf zurückkommen. Sie kann nicht verstehen, dass für eine 3-jährige Pilotphase das Sekretariat um 20 % aufgestockt werden muss, dies dünkt sie übertrieben.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr, die Eintretensdebatte ist abgeschlossen. Die Vorsitzende verzichtet auf die Detailberatung über die Vorlage. Falls jemand noch etwas zur gesamten Vorlage sagen möchte, kann er dies jetzt tun.

Das Wort wird nicht verlangt, die Vorsitzende lässt über den stadträtlichen Antrag abstimmen:

*Vom Bericht „Pilotprojekt Tagesstruktur Zofingen“ sei zustimmend Kenntnis zu nehmen.*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 36:0 Stimmen zugestimmt.

Art. 121

**GK 166**

**Voranschlag 2009 inkl. Festsetzung des Gemeindesteuerfusses für 2009; Finanzpläne sowie Projekt- und Investitionskontrolle 2009 – 2013 der Einwohnergemeinde Zofingen**

**Vorgehen**

Falls Eintreten nicht bestritten ist, wird zuerst die Eintretensdebatte geführt. Danach folgt die Detailberatung, welche – wie immer – nach Dienststellen unterteilt wird. Anschliessend werden die Artengliederung, die Investitionsrechnung, der Investitionsplan sowie der Finanzplan behandelt. Die Kommissionssprecherin hat als Erste das Wort.

Fr. Patricia Kettner spricht jetzt als Vizepräsidentin der FGPK, da Philipp Hangartner sich leider kurzfristig entschuldigen musste. Seine Rede liegt ihr vor, und sie baut darauf auf.

Die FGPK hat den Einwohnerratsmitgliedern erstmals vorgängig zur Sitzung eine komplette Berichterstattung über ihre Prüfungsarbeit per Post zukommen lassen. An dieser Stelle geht die FGPK davon aus, dass die Einwohnerrätinnen und -räte diese gelesen haben. Patricia Kettner möchte deshalb nur noch auf einige ganz wichtige Punkte hinweisen:

### **1. Selbstfinanzierung und Verzichtsplanung**

Die FGPK ist der Meinung, dass eine einmal aufgestellte Zielsetzung über längere Zeit unverändert bleiben sollte, auch wenn das planerische Ziel einmal – wie im nächsten Jahr –

nicht erreicht werden kann. Dabei geht es um die Selbstfinanzierung, welche „nur“ CHF 4,5 Mio. entspricht.

Nach Ansicht der FGPK sollten viel mehr Gedanken zu Papier gebracht, oder in das Budget geschrieben werden, womit diese Ziele langfristig wieder erreicht und die verpassten Beiträge zusätzlich aufgeholt werden können. Kann dies aus irgendwelchen Gründen nicht erfolgen, so haben der Einwohnerrat, die Fraktionen und Parteien entsprechende Massnahmen vorzubereiten und einzuleiten.

Irma Jordi hat es vorhin angesprochen: Die FGPK hat dem Budget mehrheitlich zugestimmt, hat aber sehr bewusst darauf verzichtet, die Diskussion über die Verzichtsplannung zu führen oder Anträge zu stellen. Dabei handelt es sich um politische Fragen, und dies ist Sache der Parteien. Es muss in den Fraktionen darüber entschieden werden.

## 2. Haushaltsgleichgewicht

Momentan herrscht immer noch Hochkonjunktur. Trotzdem hat die Stadt Zofingen ihren Nettoaufwand nicht ganz gedeckt und kann ihre Nettoinvestitionen nicht selbst voll finanzieren. Die Verpflichtungen und laufenden Ausgaben nehmen ständig und auch ein wenig überproportional zu.

Dies soll nicht so weitergehen und muss korrigiert werden. Eben mit Hilfe des erwähnten Prozesses, bei welchem der Einwohnerrat gefordert ist. Will oder kann man im verschärften Steuerwettbewerb nicht mitmachen, muss man wenigstens die laufenden Ausgaben so im Griff haben, dass die langfristige Finanzgesundheit der Stadt erhalten bleibt.

## 3. Verschuldung

In den nächsten Jahren muss sich die Stadt Zofingen verschulden. Doch eine Neuverschuldung ist nicht grundsätzlich etwas Schlechtes, sofern sie finanziert werden kann und nicht dauerhaft beabsichtigt ist. Wichtig ist, dass der richtige Zeitpunkt dafür ausgewählt wird. Der Schuldzins-Satz sollte tief sein. Dies wäre jetzt der Fall, und er wird noch weiter sinken.

Zofingen ist in der komfortablen Lage, noch ein kleines Vermögen und im neuen Jahr tiefe Schulden zu haben. Dies gibt ein wenig Handlungsfreiheit für die Zukunft. Alle Investitionsanstrengungen müssen aber immer wieder grundsätzlich dem finanziellen Zustand der Stadt angepasst werden. Deshalb ist eine Priorisierung notwendig, und diese muss im Konsens mit allen Parteien gefunden werden.

## 4. Anträge

Die FGPK hat dem stadträtlichen Antrag zum Voranschlag 2009 auf der Basis eines Steuerfusses von 102 % mit 7:0 Stimmen zugestimmt und beantragt dem Einwohnerrat, ebenfalls zuzustimmen. Allerdings waren bei dieser Sitzung 2 FGPK-Mitglieder ferienhalber abwesend.

Die FGPK stimmt auch dem zweiten stadträtlichen Antrag, der Kenntnisnahme der Finanzpläne sowie der Projekt- und Investitionskontrolle 2009 – 2013, grossmehrheitlich zu.

Die FGPK erstattet diesen Prüfungsbericht nach bestem Wissen und Gewissen und dankt der Stadtverwaltung sowie dem Stadtrat für die ausführlichen und korrekten Unterlagen.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet die Vorsitzende die Eintretensdebatte.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, hält fest, dass die Damen und Herren des Einwohnerates ausführliche Unterlagen sowie einen detaillierten Prüfungsbericht der FGPK, welche den Voranschlag intensiv geprüft hat, erhalten haben. Ebenfalls haben sie die Ausführungen der Vizepräsidentin der FGPK gehört. Der Stadtammann möchte dem Einwohnerrat deshalb nicht mehr direkt zum Voranschlag zusätzliche Informationen geben, sondern die Kennzahlen, welche aus dem Voranschlag der Stadt Zofingen hervorgehen, in Vergleich zu ähnlichen Gemeinden bzw. zu anderen Kernstädten setzen. Für diesen Vergleich wurden folgende Ge-

meinden bzw. Städte ausgewählt: Baden, Brugg, Lenzburg, Rheinfelden und Wohlen. Von der Grösse her sind diese mit Zofingen vergleichbar.

Dem Stadtammann geht es darum, dem Einwohnerrat einige zusätzliche Anregungen in die Richtung, welche seine Vorrednerin vorhin bereits erwähnt hat, mitzugeben. Also, wie die Stadt Zofingen in Zukunft ihre Aufgabenstellungen zu lösen hat und worauf dabei zu achten ist. Er erläutert diesen Vergleich anhand einer PowerPoint-Präsentation, welche diesem Protokoll als Anhang beigefügt wird:

### **Bevölkerungsentwicklung**

Zofingen wächst stetig. Dies ist nicht bei allen anderen verglichenen Städten der Fall. Ein ungefähr vergleichbares Wachstum weist Baden auf.

### **Aktiensteuern 2007**

Baden ist ca. 1,6 mal grösser als Zofingen. Die übrigen Städte sind in derselben Grössenordnung, wobei Brugg und Lenzburg ein wenig kleiner sind. Baden befindet sich bezüglich Aktiensteuer-Einnahmen in einer anderen Liga und Zofingen klar auf dem letzten Platz. Zofingen liegt sogar hinter Wohlen zurück was die Pro-Kopf-Einnahmen im Bereich der Aktiensteuern betrifft.

### **Steuern nat. Personen 2007**

Hier sieht das Bild ganz anders aus, Zofingen liegt auf Platz 2. Allerdings kann Zofingen auch hier nicht mit dem Pro-Kopf-Einkommen von Baden mithalten, ist aber viel näher dran.

### **Gesamtsteuerertrag 2007**

Hier schlägt der gute Steuerertrag im Bereich der natürlichen Personen durch und vermag einiges auszugleichen. Der katastrophale Aktiensteuerertrag zieht Zofingen jedoch nach unten.

### **Nettoschuld 2007**

Der Stadtrat teilt die Meinung, dass es kein Drama ist, wenn man sich verschuldet. Aber man muss dies gezielt tun, und es muss einen Return geben für diese Investitionen. Brugg hat ein Vermögen, also resultiert daraus eine Negativschuld. Die Stadt Zofingen ist eigentlich in einer guten Situation, sie ist schuldenfrei.

### **Arbeitsplätze**

In diesem Kontext liegt Zofingen arbeitsplatzmässig auf dem zweiten Platz. Welcher Return erzielt Zofingen auf diesen Arbeitsplätzen bzw. wie viele Aktiensteuern können durch diese Arbeitsplätze generiert werden? Hier sieht man, dass Zofingen auch den kleinsten Aktiensteuerertrag pro Arbeitsplatz hat.

### **Aktiensteuern pro Arbeitsplatz**

Zofingen generiert pro Arbeitsplatz CHF 200.– Aktiensteuerertrag. Baden liegt bei CHF 1'800.–, und selbst Wohlen liegt bei CHF 400.–.

### **Nettoinvestitionen**

Hier sieht man erst recht, dass Baden in einer völlig anderen Liga spielt. Dazu muss allerdings gesagt werden, dass die Stadt das Berufsbildungszentrum neu etabliert hat. Man sieht dies an den beiden Ausschlägen mit Investitionen von CHF 60 Mio. im Jahr 2005 und CHF 70 Mio. im Jahr 2006. Zofingen liegt im Durchschnitt. Man sieht auch sehr gut, dass Zofingen jetzt auf einer konstant steigenden Linie liegt.

### **Nettoinvestitionen pro Einwohner**

Es ist noch ein wenig erfreulicher, wenn dies anhand der Bevölkerungsgrösse auch wieder relativiert werden kann. Während Baden ein bisschen sinkt, steigt Zofingen ein wenig. Die Stadt Zofingen ist mit den Investitionen durchaus auf einem guten Weg.



### **Selbstfinanzierung**

Zofingen liegt mit CHF 6 Mio. bis CHF 8 Mio. in irdischen Gefilden. Wie heute bereits erwähnt wurde, herrscht momentan eine gute Konjunkturlage, aber dies schlägt sich nicht bei allen Kernstädten auf die Selbstfinanzierung nieder. Hier erfährt Zofingen eine positive Entwicklung.

### **Selbstfinanzierung pro Einwohner**

Die Selbstfinanzierung pro Einwohner ist noch besser. Nun fällt Zofingen aber wieder zurück.

### **Fazit**

Schwachpunkte in der Rechnung der Einwohnergemeinde Zofingen bleiben der Aktiensteuerertrag, die Selbstfinanzierung und das Investitionsdefizit.

### **Massnahmen – Aktiensteuerertrag**

Zuerst geht es darum, baubereite Industrieflächen bereitzustellen. Da die Stadt Zofingen nicht über beliebige Räumlichkeiten verfügt, muss sie vor allem auf die Brach- und Reserveflächen los, welche momentan nicht genutzt werden können.

Der Stadtrat muss eine aktive Bodenpolitik betreiben, was er bereits vermehrt umzusetzen versucht hat. Das beste Beispiel dafür ist die Untere Vorstadt. Nur wenn man selber den Boden an einen möglichen Investor weitergeben kann, kann man auch sagen, was dieser damit machen soll.

Bei der Förderung von Entwicklungsstandorten ist es wichtig, dass man sich als Stadt aktiv einbringt. Dies erfolgt soeben bei der Unteren Vorstadt.

Weiter geht es darum, das Standortmarketing zu aktivieren. Mit Ansiedlungsprojekten und Investitionen in die Verkehrs-Infrastruktur. Die Mobilität sichert auch Arbeitsplätze. Bleibt die Stadt Zofingen hier stehen, hat sie keine Chance. Wichtig ist auch die Sicherstellung der Verkehrs-Anbindung im überregionalen Bereich, sei es punkto ÖV oder Individualverkehr.

### **Massnahmen – Selbstfinanzierung**

Dabei geht es um die stetige Optimierung der Laufenden Rechnung durch Effizienzsteigerungen. Dies durch Massnahmen im Prozessmanagement, durch Nutzung von Synergien durch Kooperationen und ev. Fusionen, Ertragssteigerungen und Überprüfung von bestehenden Aufgaben.

### **Massnahmen – Behebung Investitionsdefizit**

Die Stadt Zofingen ist auf gutem Wege. Der Stadtrat versucht Investitionen in dieser Höhe zu realisieren. Eine ziemliche Steigerung ist vorgesehen, und der Stadtrat ist überzeugt, dass, wenn diese Höhe einigermaßen gehalten werden kann, Investitionen getätigt werden, welche die Stadt Zofingen weiterhin attraktiv machen.

### **Massnahmen – Pflegen der Stärke Wohnstandort-Attraktivität**

Die vorhandenen Stärken müssen gepflegt werden. Zofingen hat einen hohen Pro-Kopf-Ertrag bei den Steuern der natürlichen Personen. Dieser kann beibehalten werden, wenn diese Personen weiterhin hier wohnen bleiben und möglichst viele neue dazu kommen.

Zofingen profitierte im Bereich der Aktiensteuern weniger als andere Zentrumsgemeinden von der guten Konjunkturlage und lebte vor allem von den Steuern der natürlichen Personen. Dies dürfte in einer Zeit mit abflauender Konjunktur eher ein Vorteil sein. Zofingen hat nicht so viel zu verlieren und kann gar nicht so viel verlieren. Aber es muss dafür gesorgt werden, dass das Substrat bei den natürlichen Personen weiterhin bestehen bleibt. Das heisst, die Wohnstandortqualität muss auch künftig hoch eingeschätzt werden. Weitere Investitionen müssen getätigt werden, welche den Wohnstandort Zofingen aufwerten, wie beispielsweise im Bereich Infrastruktur für den Verkehr, die Freizeit, die Bildung und den Sport.

Weiter muss angestrebt werden, das momentane Bevölkerungswachstum von 150 bis 200 Personen pro Jahr weiterhin zu halten. Dies kann nur dann erfolgen, wenn man attraktiver ist

als andere Gemeinden. Es stand auch schon die Frage im Raum, ob in Zofingen genug Platz dafür vorhanden sei. Im Rahmen der BNO-Revision, welche momentan am Laufen ist, wurde dies minutiös analysiert. Mit den bestehenden eingezonten Flächen sowie einer massvollen Verdichtung ist die Stadt Zofingen in der Lage, bis zu 12'000 Einwohnerinnen und Einwohnern Platz zu bieten. Momentan steht man noch nicht an. Es muss aber darauf geachtet werden, dass einerseits die eingezonten Flächen bebaubar gemacht werden können und andererseits ein wenig zusammengerückt werden muss. Jene Verdichtungen, welche gemäss jetziger Zonenordnung bereits machbar sind, müssen realisiert werden. Die bestehenden Naherholungszonen müssen ebenfalls gesichert werden.

Dies sind die Stossrichtungen. Der Stadtammann möchte noch kurz auf die Äusserung betr. Selbstfinanzierungsziel seiner Vorrednerin eingehen.

Der Stadtrat legte das durchschnittliche Selbstfinanzierungsziel auf CHF 6 Mio. fest. Dies steht so im Legislaturprogramm. Zählt man die Ergebnisse dieser Legislatur zusammen, wird der Durchschnitt selbst mit den diesjährigen CHF 4,4 Mio. noch über CHF 7 Mio. zu liegen kommen. Man kann dies nicht immer nur über 1 Jahr betrachten. Aber es ist ganz klar, dass bereits jetzt Massnahmen eingeleitet und Projekte erstellt werden müssen, damit eine längere Reaktionszeit zur Verfügung steht, um wieder in den Bereich von CHF 6 Mio. zu gelangen. Der Stadtrat hat dies auch so in seinem Bericht geschrieben. Gewisse Arbeitskreise, welche genauer angeschaut werden sollen, wurden definiert. Dies, um die abgesteckten Ziele auch in Zukunft zu erreichen.

Hr. Hans Rudolf Schlatter hält fest, dass der Voranschlag 2009 eigentlich in Ordnung ist. Trotzdem hat er den Eindruck, es sei niemand wirklich zufrieden. Einerseits sieht man zum ersten Mal die vollen Auswirkungen der Aufgabenteilung und andererseits die Mindereinnahmen infolge Steuergesetzrevision. Wobei es nicht so wesentlich ist, ob diese im Jahr 2009 oder 2010 erfolgt, wenn man ein wenig längerfristig vorausschaut. Man hat sich mit den mageren CHF 3 Mio. Aktiensteuern abgefunden. Der Stadtrat hingegen scheinbar nicht. Man hofft dafür auf leicht steigende Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen. Auf der anderen Seite hat man jedoch einen Investitionsplan mit über 60 aufgelisteten Projekten und Investitionen im Wert von CHF 45 Mio. bis im Jahre 2013.

Wie der Stadtammann vorhin aufgezeigt hat, ist die Selbstfinanzierung das Problem. Er hat dem Einwohnerrat auch einige Massnahmen präsentiert, wie dieses Problem gelöst werden könnte. Bis vorhin hatte Hans Rudolf Schlatter das Gefühl, man mache einfach mal so weiter wie in den letzten paar Jahren. Man müsste aber auch die anderen Varianten – mehr Einnahmen, weniger Ausgaben in der Laufenden Rechnung oder bei den Investitionen – einmal ernsthaft diskutieren.

In diesem Zusammenhang fehlt der Fraktion Dynamische Mitte ein wenig das Fernziel. Der Einwohnerrat hat die Massnahmen gesehen, der Investitionsplan bis 2013 sowie das Legislaturprogramm, welches nächstes Jahr endet, liegen vor. Aber wie soll Zofingen in 10 Jahren aussehen? Kann die Stadt Zofingen mit ihren knappen Finanzen weiterhin alles machen? Diesen Eindruck hat Hans Rudolf Schlatter aufgrund der vorherigen Präsentation ein wenig gewonnen. Aus Sicht der Fraktion Dynamische Mitte stellt sich einfach das Problem bzw. die Frage, dass wahrscheinlich nicht mehr alles optimal erledigt werden kann und vermehrt Schwerpunkte gesetzt werden sollten. Die Diskussion über die längerfristige Zukunft von Zofingen fehlt der Fraktion Dynamische Mitte. Sie wird dem Budget und dem Steuerfuss zustimmen, in der Detailberatung jedoch noch einige Fragen bzw. Anträge stellen.

Hr. Hans-Martin Plüss stellt fest, dass Hans Rudolf Schlatter beinahe alles gesagt hat, was er selbst sagen wollte. Die SP-Fraktion hat vom Budget 2009 denselben Eindruck gewonnen, ein wenig nach dem Motto „die fetten Jahre sind vorbei“. Was die Finanzen der Stadt angeht, ist man auf dem Boden der Realität angekommen. Aus Sicht der SP handelt es sich um ein ähnliches Budget wie letztes Jahr, ausser dass die 3 Faktoren, welche bereits genannt wurden, abgestrichen werden mussten. Nämlich die Gewinne aus der Übergangszeit der Aufgabenteilung, CHF 1,5 Mio. durch die vorzeitige Einführung der Steuergesetzrevision und die Aktiensteuern, welche nach unten korrigiert werden mussten. Die SP-Fraktion geht davon aus, dass es auf der Einnahmenseite ungefähr so bleiben wird. Deshalb ist vorab ganz wichtig fest-

zustellen, dass eine Senkung des Steuerfusses in den nächsten paar Jahren wirklich eine Illusion wäre.

Aber was will man machen? Der Stadtammann hat dem Einwohnerrat einen Haufen Massnahmen aufgezählt, welche der Stadtrat jetzt angeht. Persönlich empfindet Hans-Martin Plüss dies als sehr gut. Er findet es wichtig, dass gemeinsam versucht wird, einen Weg zu finden, in welchen Bereichen die Schwerpunkte gesetzt werden sollen.

Schwerpunkte setzt der Einwohnerrat eigentlich bereits heute mit der Budgetdebatte. Die SP-Fraktion hat den Eindruck, dass in den verschiedenen Runden hart gekämpft wurde, um das Budget wenigstens in dieser Form hinzukriegen. Sie ist zur Auffassung gekommen, dass der Stadtrat im Grunde sehr kostenbewusst hinter die Budgetierung ging. Mit Ausnahme der polizeilichen Sicherheit gibt es sonst nirgends eine Steigerung der Ausgaben, welche selber hätte beeinflusst werden können. Bei der Polizei sind dies übrigens 20 % gegenüber dem Jahr 2007.

Die SP-Fraktion hat lange über die Schwerpunkte, welche der Stadtrat im Budget gesetzt hat, diskutiert und ist zum Teil nicht gleicher Auffassung. Deshalb wird sie in der Detailberatung einzelne Anträge stellen und Bemerkungen anbringen.

Hans-Martin Plüss ist mit Hans Rudolf Schlatter einverstanden, dass die Frage, wo und in welche Richtung Prioritäten gesetzt werden sollen, ganz wichtig ist. Diese Frage sollte in nächster Zeit diskutiert werden können, auch unter den Parteien. Ein Punkt ist der SP ganz massiv ins Auge gestochen, nämlich die Veloabstellplätze beim Bahnhof. Hans-Martin Plüss möchte den Stadtrat bitten, diesen Entscheid nochmals zu überdenken. Es handelt sich nicht um etwas, das die Finanzen der Stadt ruinieren würde.

Die SP wird also „Ja“ sagen zum Budget mit einem Steuerfuss von 102 %, falls bei der Detailberatung nicht sehr unbefriedigende Resultate herauskommen. Beim zweiten Antrag wird sie nur mit Abstrichen vom Finanz- und Investitionsplan Kenntnis nehmen können.

Zum Schluss noch einige Worte zur Darstellung: Vermutlich haben alle bemerkt, dass das System mit den Sternchen dieses Jahr redaktionell einige Mängel aufgewiesen hat. Man hat die entsprechenden Positionen trotzdem gefunden. Hingegen muss Hans-Martin Plüss dem Stadtrat und der Finanzverwaltung ein Kränzchen winden. Die Liste mit den Investitionsvorhaben ist wirklich super und gibt einen fantastischen Überblick. Er bedankt sich herzlich dafür.

Hr. Hansruedi Hauri teilt mit, dass die SVP-Fraktion dem Voranschlag mit unverändertem Steuerfuss von 102 % zustimmen wird. Die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden ist vorläufig abgeschlossen und schlägt mit grossen finanziellen Folgen auf die Gemeinden durch. Um bei der Selbstfinanzierung ein besseres Resultat zu erzielen, müssen in naher Zukunft unpopuläre Massnahmen, wie beispielsweise die Reduzierung des Leistungsangebots oder die Rückstellung unnötiger Investitionen, ergriffen werden. Die SVP-Fraktion wird sich nicht zu schade sein und hinter diesen unpopulären Massnahmen stehen, wenn nur so die finanzielle Lage verbessert werden kann.

Fr. Claudia Hauri hält fest, dass im Budget 2009 erstmals alle Auswirkungen der Aufgabenteilung zwischen Bund, Kanton und Gemeinden zu Buche fallen. Und man sieht, was dies wirklich ausmacht mit CHF 1,6 Mio. weniger Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen. Die FDP-Fraktion nimmt auch zur Kenntnis, dass der Steuerfuss unverändert mit 102 % budgetiert wurde. Nachdem im Vorjahr eine Steuerfussreduktion durch das Volk abgelehnt wurde und im Budget ein Finanzüberschuss von lediglich CHF 4,4 Mio. erwartet wird, ist auch die FDP der Meinung, dass momentan nicht der richtige Zeitpunkt für eine erneute Steuerfussdiskussion ist. Die FDP-Fraktion ist allerdings auch davon überzeugt, dass das Budget 2009, wie bereits das Budget 2008, sehr vorsichtig erstellt wurde und bei entsprechender Entwicklung die Diskussion über den Steuerfuss von 102 % nochmals aufgenommen werden muss.

Sorgen bereitet der FDP die Aufstockung im Stellenplan. Die Aufstockung auf der Bauverwaltung um rund 100 Stellenprozent wird allerdings akzeptiert. Nachdem die Struktur und die Führung der Bauverwaltung neu organisiert wurden, geht man in Zukunft auch von einem sehr viel höheren Output aus. Das heisst, man geht durch die personelle Aufstockung davon aus,

dass die laufenden Projekte termin- und kostengerecht umgesetzt werden können und neue Projekte viel schneller angegangen werden.

Auch der Aufstockung auf dem Steueramt sieht die FDP-Fraktion positiv entgegen. Dass es dort personelle Engpässe gibt, ist seit längerer Zeit bekannt. Man hofft, dass durch diese Aufstockung die ganze Arbeit ein wenig schneller abgewickelt werden kann.

Im Budget ist bei den Sozialen Diensten ersichtlich, dass die Stellen um 135 Stellenprozent aufgestockt werden. Die FDP-Fraktion sieht dem ein wenig skeptisch entgegen und wird in der Detailberatung doch noch die eine oder andere Frage und allenfalls auch Anträge dazu haben.

In der Fraktion hat die Budgetierung der Einnahmen aus der Vermietung der Stadtliegenschaften einiges zu diskutieren gegeben. Bereits längere Zeit ist ein Gebühren- und Sportkonzept offen, in welchem genau diese Kosten definiert werden sollten. Hier sieht die FDP noch ein Potential an Mehreinnahmen.

Den Finanzplan sieht die FDP-Fraktion als sehr optimistisch an. In den Jahren 2009 bis 2013 werden im Durchschnitt CHF 9,5 Mio. Investitionen, mit einem Realisierungsgrad von 90 %, vorausgesagt. Schaut man jedoch ein paar Jahre zurück, wurde deutlich weniger als die geplanten 90 % realisiert.

Die FDP-Fraktion unterstützt das Budget 2009, mit Vorbehalt einiger Fragen in der Detailberatung. Vom Finanzplan 2009 – 2013 nimmt sie nicht Kenntnis.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet die Vorsitzende die Detailberatung.

#### Beratung Zahlenteil Voranschlag 2009

### **1 Öffentliche Sicherheit**

Hr. Hans Rudolf Schlatter hat eine Frage zur Dienststelle 150 Militär und Unterkünfte. Offenbar wurde diskutiert, ob der Kochkessel für CHF 50'000.– neu angeschafft werden muss, ob dies eine Vorgabe sei oder nicht. Er möchte noch eine Stufe höher gehen: Muss Zofingen eigentlich – gestützt auf irgendein Gesetz oder eine Verordnung – eine Militärunterkunft zur Verfügung stellen?

Hr. Herbert H. Scholl, Stadtrat, antwortet, dass es ein Militärgesetz gibt, in welchem festgehalten wird, dass alle Gemeinden in der Schweiz Räume für die Unterbringung der Truppen stellen müssen. Dies ist eidgenössisches Recht. Zofingen ist also stellungspflichtig. Weiter gibt es gewisse Vorschriften, wie die Truppen verköstigt werden sollten. Heute werden modernere Menüs angeboten, welche auf eine andere Art zubereitet werden. In der Küchenchef-Schule wird an den Steamern ausgebildet. Will man diese Pflicht ernst nehmen, ist man indirekt auch verpflichtet, die neusten Geräte zur Verfügung zu stellen. Der Stadtrat ist übrigens der Meinung, dass dies eine gute Sache ist, weil Zofingen dadurch auch ein wenig bekannt gemacht werden kann. Es gibt immer wieder Leute, welche nach Zofingen zurückkehren und etwas Gutes darüber erzählen, vor allem wenn sie hier gut gegessen haben. Stadtrat Herbert H. Scholl bittet den Einwohnerrat deshalb, der Position zuzustimmen.

### **2 Bildung**

Fr. Patricia Kettner erklärt, dass es um die Dienststelle 219 Volksschule, Schulsekretariat geht. Insbesondere um das Konto 219.390.09. Die FDP-Fraktion stellt folgende Anträge:

*Die Schulsozialarbeit sei von 40 auf 80 % zu erhöhen, anstelle der geplanten Erhöhung von 40 auf 100 %.*

Begründung: Schulsozialarbeit ist sehr wichtig. Den Schwerpunkt sieht die FDP aber bei der Krisenintervention, und hier reicht aus ihrer Sicht eine Verdoppelung der Stellenprozent. Be-

gründet wird diese massive Aufstockung u. a. auch mit der Prävention, welche ebenfalls wichtig ist. Die FDP-Fraktion ist aber der Meinung, dass Prävention nicht nur Aufgabe des Staates sein kann. Prävention muss auch zu Hause in den Familien stattfinden und darf auch nicht vom Klassenzimmer zum Schulsozialarbeiter verschoben werden. Prävention muss in den Schulklassen stattfinden und ist somit Aufgabe der Lehrerinnen und Lehrer und des Klassenverbandes. Die fetten Jahre sind vorbei, und dies ist ein Punkt, bei welchem etwas getan werden kann, ohne an Qualität zu verlieren.

*Auf die Erhöhung des Pensums Schulsekretariat um 20 % im Zusammenhang mit der Einführung der Tagesstrukturen sei zu verzichten.*

Begründung: Stadtammann Hans-Ruedi Hottiger hat vorhin von Synergienutzung und Effizienzsteigerung gesprochen. Die FDP-Fraktion kann nicht verstehen, dass eine Aufgabe, welche während 3 Jahren im Pilotprojekt 40 Schülerinnen und Schüler betreut, eine 20 % Sekretariatsstelle zur Folge hat.

Patricia Kettner bittet den Einwohnerrat, diesen beiden Anträgen zuzustimmen.

Fr. Anne-Käthi Kremer bittet den Einwohnerrat von Seiten der SP, die beiden Anträge abzulehnen. Die Aufstockung der Stellenprozente ist absolut gerechtfertigt und notwendig. Bis jetzt ist bei der Schulsozialarbeit eine Mitarbeiterin mit 40 % angestellt. Sie kann sich ausschliesslich um akute Fälle kümmern. Präventionsarbeit und aktuelle Themenbereiche konnten aus zeitlichen Gründen nicht aufgegriffen werden. Deshalb diese Stellenaufstockung auf 100 %. Zum Vergleich einige Pensen aus anderen Gemeinden: Aarburg 110 %, Aarau 100 %, Frick 100 %, Spreitenbach 150 % usw. Mit der Stellenaufstockung könnten in zwei Teilpensen je eine Frau und ein Mann angestellt werden, was den betroffenen Schülerinnen und Schülern unter dem Aspekt der geschlechterspezifischen Beratung ebenfalls zugute kommen würde.

Der Bedarf nach dieser Aufstockung wird von der Schule ausgewiesen, diese Idee stammt nicht aus dem Stadthaus. Wer selber mit dem Schulalltag verbunden ist, weiss, dass es nicht immer nur harmonisch, einfach und friedlich zu und her geht. Zur Erinnerung, was der Stadtrat bei der Beantwortung der Fragen der FGPK zu Protokoll gegeben hat: Prävention ist günstiger als die Bewältigung der Folgen. Ein Schüler, welcher extern betreut werden muss, zum Beispiel in einem Heim für verhaltensauffällige Kinder, kostet die Stadt über CHF 50'000.–.

Seitens der SP kann man nicht verstehen, dass ausgerechnet die FDP, welche sich die Bildungspolitik auf die Fahne geschrieben hat, nach dem Erfolg bei den Tagesstrukturen jetzt sparen und gegen die Schulsozialarbeit sowie ein funktionierendes Schulsekretariat ankämpfen will, welche ebenfalls ausschliesslich zum Wohle der Schuljugend sind. Deshalb bittet die SP-Fraktion den Einwohnerrat, die zwei Anträge abzulehnen.

Fr. Miriam Ruf erlebt regelmässig live, wie das läuft in der Schulsozialarbeit. Ihre Schwester hat 40 der in Lenzburg bewilligten 70 Stellenprozente inne. 40 % über ein Jahr heisst, dass sie während der Schulzeit 50 % arbeitet. Dies wird von den Schülern einerseits und von den Lehrpersonen andererseits, aber sogar von den Eltern genutzt. Die zwei Personen, welche dort angestellt sind, sind einfach am Anschlag mit Kriseninterventionen. In Lenzburg sind sie eigentlich ganz gezielt für die Prävention angestellt, aber dafür bleibt schlicht keine Zeit.

Miriam Ruf stimmt zu, dass dies auch eine Aufgabe der Lehrpersonen ist. Aber die Lehrpersonen sind, wenn man hört, was diese so alles erzählen, ebenfalls schlichtweg überfordert mit diesem Thema. Die Schulsozialarbeitenden sind ausgebildete Leute, welche gerne zusammen mit den Lehrpersonen Sachen unternehmen möchten. Diese Stellenprozente braucht es. Schlussendlich erleichtert und vereinfacht eine gute Schulsozialarbeit, welche ihre Aufgaben erledigen kann, den Schulbetrieb und hilft wahrscheinlich auch Kosten zu sparen. Die Fraktion Dynamische Mitte wird diese Anträge ablehnen.

Fr. Anita Bolliger stellt fest, dass eigentlich schon alles gesagt wurde. Sie geht ebenfalls davon aus, dass in den Schulzimmern nicht alles besprochen werden kann, was in der Schulsozialarbeit diskutiert wird. Handelt es sich um persönliche und familiäre Angelegenheiten, geht dies im Klassenverband nicht. Die Lehrpersonen haben mit Änderungen und Umstrukturierungen

schon viel zu tun, und irgendwann sind auch diese ausgebucht. Je nach dem, wie diese Stellenprozente berechnet werden – dazu gibt es verschiedene Schlüssel – könnte man für Zofingen auf eine noch höhere Zahl kommen. Die beantragten 100 % sind nach ihrer Meinung nicht überrissen. Die Fraktion Dynamische Mitte wird diese Anträge ablehnen.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann, möchte zuerst ganz kurz etwas zur Aufstockung im Schulsekretariat sagen. Synergien werden genutzt. Wenn die Einwohnerratsmitglieder den Bericht Tagesstruktur intensiv gelesen haben, konnten sie feststellen, dass man zwei Möglichkeiten wählen kann. Man kann jemand anstellen, der speziell die Führung der Tagesstrukturen übernimmt. Je nach Grösse werden zwischen 20 und 60 Stellenprozente vorgeschlagen. Der Stadtrat hat sich für ein Modell entschieden, um Synergien mit der bestehenden Schulsekretärin, welche nicht nur für die Schulleitung, sondern auch für die Schulpflege arbeitet, nutzen zu können. So kann die Erreichbarkeit sichergestellt werden. Dies ist eines der wichtigsten Kriterien. Der Stadtrat hat dort entsprechend angesetzt und aufgestockt.

Der grösste Aufwand wird in der Initialisierungsphase anfallen. Das wissen eigentlich alle, welche ein neues Projekt anschieben. Das Pilotprojekt wurde nicht grosszügig ausgestattet mit Leuten, welche die Kinder betreuen sollen. Aber es soll für jene Person, welche dies organisieren, die Verträge erstellen und die Einteilung der Betreuerinnen und Betreuer festlegen muss, relativ früh anfahren. Der Stadtrat ist der Ansicht, dass dies mit 20 % eher noch schmal besetzt ist, weil die Organisation stehen muss, ob nun 5 oder 20 Kinder von Anfang an dabei sind. Die Rendite wird natürlich besser, wenn es 15 oder 20 Kinder sind. Genau deshalb wurde die Lösung mit dem Schulsekretariat gewählt, damit die Synergien genutzt werden können.

Stadtmann Hans-Ruedi Hottiger ist im Fachausschuss des BKS. An seiner letzten Sitzung hat dieser intensiv dargelegt bekommen, wie sich die so genannten Restkosten für Heime, Werkstätten und Sonderbetreuung zusammensetzen. Eigentlich sind es nicht Restkosten, sondern es handelt sich um den grösseren Teil der Kosten. Es wurde eindrücklich aufgezeigt, was ein einziges Kind kostet, wenn dieses nicht mehr in der regulären Schule Platz findet. Nun kann man geteilter Meinung sein. Der Stadtmann kann nicht sagen, ob mit der Differenz von 20 %, wenn die Schulsozialarbeit auf 100 und nicht auf 80 % aufgestockt wird, ein oder zwei Kinder vor der Sonderschulung bewahrt werden können. Er kann nur sagen, was dies kosten würde. Hier müsste mit 6-stelligen Beträgen im Jahr gerechnet werden. Ein Heim, in welchem verhaltensauffällige Kinder betreut werden müssen, kostet pro Tag in etwa CHF 600.–. Schlussendlich handelt es sich um einen politischen Entscheid, ob jetzt mehr für die Prävention ausgegeben werden soll oder spekuliert wird, dass vielleicht gar nichts passiert.

Fr. Annegret Dubach, Stadträtin, muss nicht für die Stellenerhöhung um 60 % plädieren. Es wurde sehr viel dazu gesagt, und es ist absolut nachvollziehbar. Was ihr aber wichtig ist, ist, dass akzeptiert werden muss, dass Lehrerin bzw. Lehrer sein eine andere Rolle ist als Schulsozialarbeiterin bzw. Schulsozialarbeiter sein. Dies ist sehr wichtig für die Kinder, und es muss gelebt und nicht vermischt werden. Deshalb wäre sie froh, wenn der Einwohnerrat diese ganzen Aspekte nochmals in seine Überlegungen einfliessen lassen würde.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die Vorsitzende erklärt, dass der Ratssekretär zusammen mit der Antragstellerin die Konten bereinigt hat, über welche abgestimmt werden muss. Es geht einerseits um das Konto 350.301 Löhne und andererseits um das Konto 219.301.01. Bei beiden Konten handelt es sich um rund CHF 25'000.–. Die Vorsitzende lässt über die Anträge der FDP-Fraktion abstimmen:

*Die Schulsozialarbeit sei von 40 auf 80 % zu erhöhen, anstelle der geplanten Erhöhung von 40 auf 100 %.*

Der Antrag wird mit 20:14 Stimmen abgelehnt.

*Auf die Erhöhung des Pensums Schulsekretariat um 20 % im Zusammenhang mit der Einführung der Tagesstrukturen sei zu verzichten.*

Der Antrag wird mit 19:13 Stimmen abgelehnt.

### 3 Kultur, Freizeit

Hr. Marcel Thüler hält fest, dass sich die SP im letzten Jahr erfolgreich gegen die Reduktion des Kulturbudgets gewehrt hat. Dieses Jahr macht sie dies auch, aber ein wenig anders. Im Konto 300.365.01 Beiträge an kulturelle Vereine und Anlässe sind CHF 165'000.– eingestellt, davon sind CHF 125'000.– allein für Vereine, welche den laufenden Betrieb abdecken, gesetzt. Die restlichen CHF 40'000.– gehen an jeweilige Gesuchsteller. Ein grosser Teil des Kuchens ist somit bereits verteilt. Kommt noch ein Verein dazu, so bleibt nichts anders übrig, als den anderen Vereinen etwas wegzunehmen. Dies ist einfach schade. Im Legislaturprogramm des Stadtrates steht unter dem Punkt Kultur: „Zofingen etabliert eine übergeordnete Kulturkommission, welche die kulturellen Belange in der Stadt Zofingen koordiniert. Diese Kommission wird beauftragt, die Konzeption für den zukünftigen Zofinger Kulturpreis auszuarbeiten, der bald und regelmässig überreicht werden soll.“

Womit soll ein Kulturpreis bezahlt werden? Mit den verbleibenden Geldern des Budgets, oder nimmt man dann einfach den anderen Vereinen ein wenig mehr weg? Zofingen ist im Vergleich mit anderen Gemeinden nicht gerade ein herausragendes Beispiel für Kulturförderung. Es wäre jetzt an der Zeit, mit richtigen Impulsen dies in eine andere Richtung zu lenken. Die SP-Fraktion stellt den Antrag auf Erhöhung des Kontos 300.365.01 Beiträge an kulturelle Vereine und Anlässe auf CHF 200'000.–. Gleichzeitig verlangt sie aber, dass bis im 1. Quartal 2009 über das Kulturleitbild entschieden wird, welches somit auch über einen angemessenen finanziellen Rahmen verfügen könnte. Im Namen der gesamten Fraktion bittet Marcel Thüler den Einwohnerrat, dieses Begehren zu unterstützen.

Hans-Martin Plüss hat vorhin gesagt, dass die fetten Jahre vorbei sind. Hr. Daniel Schmid nimmt die SP hier schon ein wenig beim Wort. Soll der Einwohnerrat wirklich Geld in die Kultur buttern, welche nicht Kernaufgabe des Staates ist? Den Begriff Kernaufgabe hat nicht zuletzt die SP bereits verwendet. Der Einwohnerrat hat auch vom Stadtkammann gehört, dass sich der Stadtrat auf Prioritäten konzentrieren und das Geld entsprechend dort einsetzen will, wo dies zwingend und dringend notwendig ist. Daniel Schmid gibt Recht, dass Kultur auch etwas Notwendiges ist, aber er glaubt und möchte deshalb beliebt machen, dass konzeptionelle Beiträge zu verschiedenen Themen noch fehlen.

Marcel Thüler hat vorhin erwähnt, dass das Kulturleitbild vorhanden sein müsste. Soll der Einwohnerrat doch über Geld für die Kultur sprechen, wenn ein solches Leitbild wirklich vorhanden ist und dort auch Prioritäten festgelegt sind, bei welchen man nachher weiss, wo das Geld hingehet. Dies dünkt ihn viel intelligenter, als jetzt irgendeinen Betrag pauschal auf CHF 200'000.– zu erhöhen. Über Geld soll gesprochen werden, wenn das Grundgefüge verfügbar ist und klar ist, was man in der Stadt Zofingen will. Dann kann man wieder schauen, ob es CHF 165'000.–, CHF 200'000.– oder vielleicht nur CHF 100'000.– braucht.

Fr. Annegret Dubach, Stadträtin, hört Ausdrücke wie „Kulturbarzen“ und „in die Kultur buttern“ und stellt fest, dass sehr salopp darüber diskutiert wird. Dies stört sie eigentlich ein wenig. Sie findet, dass Kultur etwas Lebenswichtiges ist für den Menschen. Der Mensch muss sich irgendwo aufladen und konfrontieren können, um die Welt zu verstehen. Von dem her benötigt dies schon Geld.

Stadträtin Annegret Dubach hat natürlich Freude an diesem Antrag. Das können sich alle vorstellen. Auch der Stadtrat weiss, dass, wenn sie Geld für die Kultur zur Verfügung hat, sie grosszügiger sein und gewisse Ideen umsetzen kann. Mit dem jetzigen Budget kann sie dies weniger. Sie hat dem Budget jedoch zugestimmt und trägt dieses mit. Auch der Reduktion hat sie zugestimmt. Dies im Wissen darum, dass, wenn ein Kulturkonzept geschrieben ist – durch Frau Cécile Vilas, sie selber sowie den Kulturschaffenden und - anbietenden – sie natürlich die erste sein wird, welche damit kommt. Die Worte von Daniel Schmid hat sie gehört, solche Sachen vergisst sie nie und zählt auf ihn, wenn es so weit ist.

Stadträtin Annegret Dubach nimmt nicht Stellung zum Antrag, aber sie möchte nochmals sagen, dass sie das Budget, welches wirklich intensiv bearbeitet wurde, unterstützt. Sie bedankt sich aber auch nochmals bei ihrer Partei für diesen Vorschlag.

Hr. Hans-Martin Plüss hat noch einen kleinen Hinweis an Daniel Schmid. Selbstverständlich ist Kultur auch eine Staatsaufgabe. Dies steht jedenfalls in der Verfassung des Kantons Aargau. Er hat aber noch eine Frage hierzu: Bedeutet diese Reduktion des Budgets, dass Institutionen, welche bisher einen regelmässigen Beitrag erhalten haben, mit einer Reduktion ihres Beitrags rechnen müssen?

Fr. Annegret Dubach, Stadträtin, antwortet, dass eine Institution darunter leiden muss. Dies ist die Musik- und Theaterkommission. Bis anhin hat diese CHF 60'000.– von der Stadt erhalten, mit dem Auftrag, die Stadtsaalbühne vielfältig zu bespielen, was sie auch sehr gut macht. Der Stadtrat hat der Musik- und Theaterkommission nahe gelegt bzw. diese hat den Auftrag gefasst, ihr Vermögen mit CHF 10'000.– pro Jahr abzubauen. Dementsprechend bezahlt die Stadt der Musik- und Theaterkommission momentan CHF 50'000.–. Zusätzlich muss diese CHF 10'000.– von ihrem Vermögen abbauen, bis dieses ungefähr auf CHF 50'000.– gesunken ist. Sie benötigt Flüssiges, um die Engagements bezahlen zu können. Diese Leute wollen das Geld jeweils im Vorfeld sehen. Die Musik- und Theaterkommission hat Kenntnis von diesem Entscheid und hat diesen auch so akzeptiert.

Fr. Patricia Kettner ist ein wenig befremdet über eine Stadträtin, welche einerseits das Budget stützt und andererseits Freude an einem solchen Antrag hat. Aber eigentlich wollte sie etwas anderes sagen. Es wäre ihr ein Anliegen, dass die Preispolitik in diesem Konzept ebenfalls enthalten ist. Sie findet, dass Zofingen ein gutes Kulturangebot hat und ist der Meinung, dass der Staat dies unterstützen muss. Man kann darüber diskutieren, in welchem Rahmen und bis wie viel. Aber die bestehenden Preise – CHF 20.– bis CHF 25.– in der Kleinen Bühne – sind sehr günstig. Vielleicht müsste auch an dieser Stelle die Schraube ein wenig angezogen werden. Man kann für einen solchen Eintritt auch CHF 30.– oder CHF 35.– bezahlen. Gleiches kostet in anderen Städten wesentlich mehr. Vielleicht müsste auch dort der Hebel angesetzt werden, wenn dies grundsätzlich überprüft wird.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, möchte dies mit der Musik- und Theaterkommission nicht einfach so stehen lassen. Die Stadt Zofingen hat die Praxis, dass sie Vergaben an verschiedene Kulturinstitutionen mit kleinen Globalbudgets macht. Es ist richtig, dass probiert wird, das Geld so auszugeben, dass auch ein wenig Reserven vorhanden sind, wenn einmal ein schlechteres Spieljahr eingefahren wird. Es soll aber nicht dazu führen, dass verschiedene Institutionen irgendwo noch ein Kässeli und einen Fonds haben, welche 5-stellige Beträge aufweisen. Dass Geld angehäuft wird, kann nicht der Sinn einer städtischen Kulturförderung sein. Finanztechnisch ist es absolut nicht in Ordnung, wenn die Stadt irgendwelche Kässeli führt. Aber man muss aufpassen, dass diese Institutionen nicht demotiviert werden. Viele Institutionen sorgen über das Sponsoring selber für einen gewissen Ertrag, und der Stadtrat muss darauf achten, dass mit Leistungsverträgen die Konzeption erreicht wird, nicht demotivierend zu wirken, indem diese Institutionen ihr Vermögen abbauen müssen.

Gerade die Musik- und Theaterkommission ist ein super Beispiel. Sie ist Risiken eingegangen, hat zweimal Mummenschanz hergeholt, hat relativ hohe Gagen bezahlt – wie dies auf dem Markt üblich ist – und beide Vorstellungen waren total ausgebucht. Entsprechend ging es mit den Finanzen vorwärts. Dafür soll die Musik- und Theaterkommission nicht bestraft werden. Aber die „Geldanhäufung“ liegt zum Teil mehrere Jahrzehnte zurück, und dies bedingt, dass der Stadtrat dies mit Leistungsverträgen oder Konzepten verbindlich regelt.

Man ist auf allen Ebenen daran, solche Sachen zu erarbeiten. Auch bei den Konzepten gibt es eine Prioritätenordnung. Weder im Sport noch in der Kultur konnte auf bestehende Arbeiten aufgebaut werden. Man steht auf der grünen Wiese und muss diese Konzepte erarbeiten. Natürlich könnte man diese auch von anderen Gemeinden kopieren. Es ist wirklich ein Anliegen, dass die Kultur nicht darunter leiden soll und diese Institutionen das Geld nicht auf irgendwelchen Sparbüchlein aufbewahren. Denn so nützt dies der Kultur nichts.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die Vorsitzende lässt über den Änderungsantrag von Marcel Thüler abstimmen:

*Das Konto 300.365.01 soll auf CHF 200'000.– aufgestockt werden.*



Der Antrag wird mit 21:14 Stimmen abgelehnt.

Hr. Heinz Vöckl hat noch etwas zur Position 330.501 Umgestaltung Rosengartenareal auf Seite 84. Nach den Sommerferien hat die FDP mit Freude festgestellt, dass endlich mit der Sanierung des Rosengartens begonnen wurde. Am 15. August 2008 hat der Stadtrat mitgeteilt, dass das Rosengartenareal bald offen sei. Leider verlaufen diese Arbeiten sehr schleppend. Während Tagen passiert nichts, und die Arbeiten sind eingestellt. Hier kommt der Verdacht auf, dass das Geld nicht reicht. Im Jahr 2009 ist aber nichts eingestellt. Hat die teure, aufwändige und – seiner Meinung nach – nicht notwendige Betonrampe beim neuen Südostausgang den Kredit aufgeessen? Was heisst „bald offen“? Werden die Arbeiten dieses Jahr abgeschlossen oder geht es nächstes Jahr weiter?

Hr. Hansruedi Gilgen, Stadtrat, kann Heinz Vöckl beruhigen. Die Arbeiten liegen durchaus im Rahmen der Kosten, welche für dieses Jahr eingestellt wurden. Die Arbeiten sollen auch dieses Jahr fertig gestellt werden. Es ist tatsächlich so, dass es zwischendurch Verzögerungen gegeben hat im Zusammenhang mit Detailausführungen bei der nördlichen Wegführung, welche nicht ganz wie geplant umgesetzt werden konnte. Einige Mühe hat Stadtrat Hansruedi Gilgen mit der Kritik bezüglich der Betonrampe auf der südöstlichen Seite der Anlage. Dort ging es darum, einen Niveauunterschied, welcher nicht ganz unerheblich und von aussen nicht einfach wahrnehmbar ist, so auszugestalten, dass der Stadtrat auch zu der Aussage stehen kann, das ganze Areal sei nicht nur kinderwagen- sondern auch behindertentauglich.

**5 Soziale Wohlfahrt**

Wenn sich Hr. Hans-Martin Plüss richtig erinnert, hat das Seniorenzentrum bis jetzt jedes Jahr ein ausgeglichenes Budget präsentiert. Dabei geht es um die Dienststellen 570 Altersheime und 571 Seniorenzentrum Rosenberg und Tanner. Dieses Jahr musste offensichtlich ein Defizit von CHF 250'000.– budgetiert werden. Es ist vorgesehen, dass die Stadt CHF 44'000.– davon übernimmt und einen Beitrag in diesem Umfang leistet. Der Rest, etwas über CHF 200'000.–, soll über die Erhöhung der Pensions- und Pflegetaxen finanziert werden. Pro Bewohnerin und Bewohner im Seniorenzentrum würde dies im Durchschnitt einen Fünfliber ausmachen. Die SP hat sich an diesem Vorgehen gestört. Sie kann dies so nicht akzeptieren. Zofingen hat mit CHF 108.– pro Tag heute schon höhere Taxen und Durchschnitte als beispielsweise Rothrist mit CHF 103.– pro Tag oder Safenwil mit CHF 85.– pro Tag.

Die SP-Fraktion ist der Auffassung, dass nicht einfach die Taxen erhöht werden sollten, wenn man in ein Defizit hineinläuft, sondern ganz genau abgeklärt werden muss, was die Ursachen sind und weshalb Zofingen teurer ist. Hat Zofingen einen höheren Standard, bessere Leistungen, in irgendeiner Kostenstelle mehr Aufwand? Wird – aus was für Gründen auch immer – unrationeller gearbeitet? Oder wird bei den Gemeinden auf den Spitzenplätzen etwas durch die Gemeinde subventioniert? Die SP bittet deshalb den Stadtrat, dem zuerst nachzugehen und einen klaren Bericht einzuholen, woran diese Preis- oder Kostenunterschiede liegen. Wenn tatsächlich ein gerechtfertigter Unterschied besteht, kann allenfalls darüber diskutiert werden, ob dies mit Taxaufschlägen finanziert werden muss. Jedenfalls kann es nicht sein, dass allein die Raumstruktur im Rosenberg einen Tarifunterschied von 25 % ausmachen kann.

Die SP möchte, dass die Taxen jetzt nicht erhöht werden, sondern zuerst abgeklärt wird, wo wirklich gespart werden kann. Geht man jetzt mit diesen Taxen rauf, bleiben sie nachher oben und kommen nie mehr runter. Findet man heraus, dass diese Taxerhöhung unumgänglich ist, möchte die SP vom Stadtrat hören, was die Auswirkungen sind. Es würde nämlich nicht viel nützen und gar nichts gespart, wenn am Schluss, anstelle einer Taxerhöhung, dies auf die Sozialausgaben ausgelagert und die Stadt dort entsprechend mehr zur Kasse gebeten wird. Vielleicht besteht die Möglichkeit, eine solche Taxerhöhung so abzustufen, dass dies nicht zu mehr Sozialfällen führt und eine Lösung gefunden wird, damit schlussendlich nicht wieder die Stadt nachfinanzieren muss. Eine Lösung, welche übrigens auch sozialverträglich wäre. Die Senioren und Seniorinnen sind dem Einwohnerrat bestimmt nicht böse, wenn dieser ein wenig Hirnschmalz dafür verwendet.

Hans-Martin Plüss weist darauf hin, dass er den Antrag bereits schriftlich der Ratspräsidentin abgegeben hat.

Die Vorsitzende liest den Antrag der SP-Fraktion vor:

*Für das Jahr 2009 sei auf die Erhöhung der Pensions- und Pflegekosten im Seniorenzentrum zu verzichten und das Betriebsdefizit durch die Stadt zu tragen. Vom Stadtrat wird erwartet, dass er ein Konzept entwickeln lässt, wie das Seniorenzentrum ohne Erhöhung der Kosten betrieben werden kann. Falls eine Steuererhöhung unumgänglich ist, muss aufgezeigt werden, wie diese (sozial-) verträglich gestaltet werden kann.*

*Konkret ist das Konto 570.363.01 auf CHF 250'000.– aufzustocken, ebenso das Konto 571.462.01, und die Konten 571.432.01/02 sind entsprechend zu reduzieren.*

Hr. Hansruedi Hauri sieht, dass im Voranschlag 2009 CHF 6,7 Mio. für Löhne budgetiert sind. In der Rechnung 2007 waren es CHF 6,5 Mio. Es ist nahe liegend, dass die Aufstockung bei den Löhnen stattfand. Er glaubt, dass es nicht im Interesse der Bewohnerinnen und Bewohner im Seniorenzentrum sein kann, wenn auf die Pflege und den Service verzichtet wird.

Fr. Irma Jordi hält fest, dass der Leiter des Seniorenzentrums dem Einwohnerrat ganz genau Auskunft geben könnte, wie es sich mit dem Vergleich der Pflegekosten zwischen Zofingen und den umliegenden Gemeinden verhält. Heute wird über Pflegebedürftige geredet, welche mit einem Durchschnittsalter von 85 oder 86 Jahren in das Pflegeheim eintreten. Es sind nicht mehr Leute, welche mit ihrem Kofferchen einfach hineinspazieren, ihren Lebensabend dort verbringen wollen, halbwegs selbständig sind und einfach den Service „Wohnen und Essen“ nützen wollen. Dies ist nicht mehr der Fall. Es benötigt mehr Pflege, mehr Betreuung, mehr Nachtwache – was Kosten verursacht. Wenn gesagt wird, man wolle die Pflegekosten tief behalten, wo bleibt dann die soziale Gerechtigkeit? Dies leuchtet Irma Jordi nicht ein.

Diese Leute werden nicht irgendwo auf der Strasse stehen gelassen, man ist verpflichtet, sich um sie zu kümmern. Egal, welches Einkommen sie erzielen bzw. welche Pensionskassengelder sie erhalten oder welches Vermögen sie haben. Will man die Pflegekosten tief behalten, so unterstützt man auch Leute, welche dies bezahlen könnten und das Geld dazu hätten. Diese Kosten zu senken, leuchtet Irma Jordi nicht ein. Wenn man die Preise nicht anpassen kann, muss man den Laden schliessen – dies ist die Meinung, welche auch in der Privatwirtschaft vorherrschen würde. Dies kann es wirklich nicht sein. Man kann die Preise erhöhen, dies ist sicher gerechtfertigt. Vielleicht könnte Heinz Schürch, Leiter Seniorenzentrum, noch einige Worte dazu sagen.

Hr. Rolf Moor stellt fest, dass die SP den Stadtrat auffordert, ein Konzept vorzulegen, weshalb die Erhöhung dieser Tarife nötig ist. Alle haben die Vorlage GK 163 Ausbau und bauliche Sanierung Seniorenzentrum, welche der Stadtrat ausgearbeitet hat, auf dem Tisch. Dies ist eigentlich ein Konzept, wie dies in den nächsten Jahren aussehen sollte. Dass das Seniorenzentrum eine ausgeglichene Rechnung oder einen ausgeglichenen Abschluss präsentieren sollte, ist korrekt und betriebswirtschaftlich richtig. An dem muss man arbeiten. Das Seniorenzentrum hat dies getan. Wo können Einsparungen getätigt werden? Rolf Moor macht dazu ein Beispiel: Wenn man im Rosenberg ein Bett in den Lift bringen will, muss die Patientin oder der Patient auf einen Stuhl gesetzt, eine Sackkarre geholt, das Bett darauf getan, in den Lift gefahren und die Patientin oder der Patient in den Lift geholt werden. Unten angekommen findet der umgekehrte Ablauf statt. Dem kann man nicht effizientes Arbeiten sagen, dies ist überflüssig. Solche Arbeitsabläufe im Rosenberg verursachen auch Kosten.

Deshalb glaubt Rolf Moor, dass es in Ordnung ist, so wie dies im Budget steht. Auch in Zukunft, also in den nächsten 2, 3, 4 oder 5 Jahren, muss auf diese Weise weiter gemacht werden. Vielleicht bessert es dann, wenn ein neues Konzept vorliegt oder diesem zugestimmt wurde.

Die Vorsitzende hält fest, dass Heinz Schürch, Leiter Seniorenzentrum, zweifellos der Fachmann ist. Er darf aber nur auf Anweisung des Stadtrates etwas dazu sagen.

Für Fr. Therese Müller, Stadträtin, als Ressortverantwortliche für das Alter, ist dies ein sehr sympathischer Antrag der SP. Sie möchte zur Präzisierung des Zeitungsartikels und des Antrags jedoch noch Folgendes zu bedenken geben:

- Das Seniorenzentrum hat den Auftrag, ein ausgeglichenes Budget vorzulegen. Die Taxerhöhungen haben direkt nichts mit dem Ergebnis der Stadt zu tun.
- Das Seniorenzentrum sieht sich momentan mit massiven Kostensteigerungen konfrontiert. Zusätzlich zu den Personalaufwendungen sind davon praktisch auch alle anderen Bereiche betroffen, insbesondere die Energie (vor allem die Heizungen), die Lebensmittel, die Papierwaren usw.
- Beim Personal müssen nicht nur die Lohnerhöhungen verkräftet werden, sondern es fallen auch Mehrkosten an durch die Verlagerung von Hilfs- zu Fachpersonal.
- Alle Pflegeheime stehen momentan unter einem massiven Kostendruck. Man weiss von Institutionen, welche den Tarif um 20 % erhöhen müssen. Mit diesen hat man Kontakt durch den Zentrumsleiter.
- Die geplanten Tariferhöhungen im Seniorenzentrum – nämlich Tagestaxen + 4 % und Pflegetaxen + 7 % – sind unter den gegebenen Umständen massvoll, also gerechtfertigt.
- Ob die Tarife zu hoch sind oder nicht, hängt davon ab, mit wem verglichen wird. Safenwil beispielsweise hat nicht so viele Einzelzimmer und hat keine Nasszelle in den Zimmern. Zofingen ist ein wenig privilegiert, was das Seniorenzentrum Tanner anbelangt. Dies kostet alles und muss bezahlt werden.

Im Übrigen werden die Taxerhöhungen von der Zentrumsleitung immer transparent und offen kommuniziert. Die Gründe für solche Anpassungen werden detailliert dargelegt und, wo nötig, mündlich erläutert. Dies wird also auch mit den Bewohnerinnen und Bewohnern besprochen.

Deshalb bittet Stadträtin Therese Müller den Einwohnerrat, den Weg des Stadtrates und der Zentrumsleitung zu gehen und den Antrag der SP abzulehnen. Übrigens würden die CHF 250'000.– nicht reichen, es müssten ungefähr CHF 450'000.– bis CHF 500'000.– sein, wenn man dem gerecht werden möchte.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die Vorsitzende lässt über den Antrag der SP-Fraktion abstimmen:

*Das Konto 570.363.01 sei auf CHF 250'000.– aufzustocken.*

Der Antrag wird mit 22:12 Stimmen abgelehnt.

Hr. Hans Rudolf Schlatter hat festgestellt, dass auf Seite 60 die letzte Zeile in der Abteilung 5 – die Dienststelle 590 Hilfsaktionen – gestrichen und dafür dem Stadtrat an einem anderen Ort CHF 10'000.– gegeben wurde, welche er der Glückskette oder sonst wem schicken kann. Er hat ein wenig eine andere Auffassung des Kontos Patenschaften und findet, dass die Streichung der CHF 20'000.– ein Armutszeugnis ist für Zofingen. Nicht nur ein finanzielles, sondern auch ein stadträtliches. Offenbar fühlt sich niemand zuständig und will sich mit einer Patenschaft oder einer Hilfsaktion über mehrere Jahre engagieren. Dabei gäbe es einen Haufen Möglichkeiten, sei dies in der Schweiz oder im Ausland. Man könnte in der Schweiz beispielsweise eine benachteiligte Gemeinde im Jura suchen, mit dieser zusammenspannen und helfen, gewisse Projekte zu realisieren. Dies über Jahre hinweg und nicht nur, indem jemandem CHF 10'000.– gegeben werden. Auch im Ausland könnte etwas getan werden. Man könnte in Osteuropa vielleicht eine gleich grosse Stadt wie Zofingen suchen und zusammen etwas unternehmen. Dieser Know-how übermitteln, einen kulturellen Austausch betreiben oder einen Schüleraustausch durchführen. Es gäbe also viele Möglichkeiten, man müsste einfach etwas machen wollen. Deshalb stellt Hans Rudolf Schlatter folgenden Antrag:

*Im Konto 590.362.01 seien die CHF 20'000.– zu belassen, mit dem Auftrag an den Stadtrat, aktiv zu werden.*

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, ist der Ansicht, dass etwas Sinnvolles getan werden muss. Tatsache ist, dass dieses Konto in den letzten Jahren einfach immer unbenutzt blieb. Er glaubt, dass man sich dann überlegen muss, ob dies wirklich zur Kernaufgabe der Stadt gehört, jemanden zu suchen, der vielleicht Hilfe benötigt. Heute Abend wurde über Kernaufgaben und das Setzen von Prioritäten – nicht nur von finanziellen, sondern auch von personellen – geredet. Der Stadtrat hat diese Position ganz bewusst gestrichen. Dies gehört nicht zu seinen Kernaufgaben, und er konzentriert sich auf die Prioritäten. Wie zum Beispiel auf die Erhöhung der Effizienz im Seniorenzentrum, damit den Leuten, welche hier wohnen, möglichst gute Lebensbedingungen geboten werden können.

Bei dieser Dienststelle handelt es sich um Hilfsaktionen. Dies darf nicht mit Partnerschaften verwechselt werden. Eine Partnerschaft ist ein gleichwertiger Austausch von Erfahrungen. Der Stadtrat ist sehr wohl dafür. Die von Hans Rudolf Schlatter erwähnte Idee ist gut. Die Partnerschaft mit Gouveia ist ein wenig eingeschlafen. Der Stadtrat überlegt sich, dort etwas zu unternehmen, aber dafür muss kein Geld eingestellt werden. Dies ist auf beiden Seiten partnerschaftlich.

Fr. Annegret Dubach, Stadträtin, muss hier ganz klar reagieren. Sie möchte einen kurzen Einblick in die Arbeit, welche Hilfsaktionen betrifft, gewähren: Vor 2 oder 3 Jahren erhielt der Stadtrat eine Anfrage für ein Projekt im Tessin. Dabei ging es um ein Tal, welches sich entvölkert. Stadträtin Annegret Dubach hat wirklich lange mit diesen Leuten geredet und verhandelt und hat ihnen gesagt, dass der Stadtrat bereit wäre, in dieses Projekt einzusteigen und eine langjährige Partnerschaft oder Patenschaft einzugehen. Der Stadtrat hat dies gestützt, hat aber nie mehr etwas davon gehört. Dann ist dies natürlich ein wenig eingeschlafen. Dies kann man wieder einmal machen. Sie ist aber froh, wenn nicht alles im Jahr 2009 getan werden muss.

Die „Chratten“ der Stadt Zofingen sind noch ziemlich voll, und sie müssen abgearbeitet werden. Der Stadtrat war nie passiv. Diesen Vorwurf muss Stadträtin Annegret Dubach zurückweisen.

Fr. Patricia Kettner möchte, dass die FDP-Fraktion die Haltung des Stadtrates stützt. Wenn etwas notwendig ist, hat der Stadtrat vermutlich die Kompetenz, einen entsprechenden Betrag in eigener Regie zu sprechen. Sie würde diesen Weg eher begrüßen, als etwas zu planen, wo nachher mühsam gesucht werden muss, wie das Geld ausgegeben werden soll. Patricia Kettner hat sehr viel Verständnis für Hans Rudolf Schlatter, aber sie glaubt, dass, wenn eine Notsituation irgendwo in der Schweiz oder im Ausland eintritt, bei welcher Zofingen mithilft, der Stadtrat dies tun kann, ohne dass die CHF 20'000.– im Budget eingestellt sind.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die Vorsitzende lässt über den Antrag von Hans Rudolf Schlatter abstimmen:

*Im Konto 590.362.01 seien die CHF 20'000.– zu belassen, mit dem Auftrag an den Stadtrat, aktiv zu werden.*

Der Antrag wird mit 15:5 Stimmen abgelehnt.

### **Investitionsrechnung**

Hr. Hans-Martin Plüss hält fest, dass es um den Hochwasserschutz – auf Seite 91 bis 93 oder im Investitionsplan die Dienststelle 711 – geht. Er stellt keinen Antrag, aber er möchte eine Erklärung loswerden.

Der Stadtrat sieht im Budget vor, den Hochwasserschutz in Zukunft nicht mehr zu Lasten der ordentlichen Rechnung, sondern zu Lasten der Abwasserrechnung, welche eine geschlossene Rechnung ist, zu finanzieren. Dies ist ein Thema, welches der Einwohnerrat im Zusammenhang mit dem Gewässerreglement voraussichtlich an der November-Sitzung wird diskutieren müssen. Hans-Martin Plüss kann bereits jetzt sagen, dass die SP-Fraktion ziemlich skeptisch ist

gegenüber dieser Umschichtung. Es sind auch berechtigte Zweifel vorhanden, ob dies insgesamt eine gesetzliche Grundlage hat. Es ist möglich, dass bei einzelnen Hochwasserschutzprojekten das Abwasser wirklich einen Verursacheranteil trägt. Aber er ist der Meinung, dass die Zofinger Wasserkonsumenten und Abwasserproduzenten nicht viel für den Beitrag an den Kanton für den Hochwasserschutz bei der Wigger können. Dann ist es auch nicht gerechtfertigt, dass sie dies bezahlen müssen. Hans-Martin Plüss will die Debatte nicht vorneweg nehmen, er möchte nur Folgendes erklären: Wenn die SP-Fraktion dem Budget zustimmt, heisst dies nicht, dass sie damit einverstanden ist, die Kosten des Hochwasserschutzes in Zukunft auf die Abwasserrechnung umzulagern. Es ist also kein Präjudiz für die Sitzung im November.

#### Beratung Finanzpläne 2009 – 2013

Das Wort wird nicht verlangt.

#### Beratung Projekt- und Investitionskontrolle 2009 – 2013

Hr. Rolf Moor erklärt, dass sich unter der Nummer 1.571.503.01 in der Projekt- und Investitionskontrolle die Konten des Seniorenzentrums befinden. Dort sind die Kosten bis in das Jahr 2014 aufgeführt. Diese entsprechen auch dem, was in der Vorlage GK 163 Ausbau und bauliche Sanierung Seniorenzentrum steht. Liest man aber die Vorlage, ist dort ein Betrag von ca. CHF 8'000'000.– für die Sanierung des Rosenbergs aufgeführt. Diese CHF 8'000'000.– fehlen hier. Rolf Moor möchte vom Stadtrat gerne wissen, ob dies vergessen ging, oder weshalb dieser Betrag nicht enthalten ist. In der Vorlage ist eigentlich deutlich umschrieben, dass dies zum Konzept gehört, auch wenn die definitiven Entscheide noch nicht gefällt wurden.

Fr. Therese Müller, Stadträtin, stellt fest, dass die Einwohnerräte hier vorne vermutlich ein wenig ratlose Gesichter sehen. Sie möchte den Ball gerne dem Leiter Bau und Umwelt zuspielen.

Hr. Werner Ryter, Leiter Bau und Umwelt, antwortet, dass der durch Rolf Moor erwähnte Betrag nicht vergessen ging. Es ist noch offen, wer dies schlussendlich finanzieren wird. Also, ob dies über die Stadt oder über einen Dritten erfolgen wird. Wenn dies durch die Behörden entschieden ist, wird dieser Betrag aufgenommen.

#### Abschnittsweise Beratung der Einwohnerratsvorlage zum Voranschlag 2009

Das Wort wird nicht verlangt.

Die Vorsitzende lässt über die stadträtlichen Anträge abstimmen:

1. *Der Voranschlag der Einwohnergemeinde mit einem Steuerfuss von 102 % für das Jahr 2009 sei zu genehmigen.*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 36:0 Stimmen zugestimmt.

2. *Von den Finanzplänen sowie von der Projekt- und Investitionskontrolle 2009 – 2013 sei Kenntnis zu nehmen.*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 25:0 Stimmen zugestimmt.

(Sitzungspause)

#### Art. 122

#### **GK 167**

**Ausbau K315 Mühlethal, Hauptstrasse mit Radstreifen, Strassenbeleuchtung und Bus-Warteeinrichtungen**

Hr. Thomas Valko, Referent der FGPK, hält fest, dass diejenigen, welche die Kantonsstrasse von Zofingen her in Richtung Mühlethal befahren, wissen, dass die Verhältnisse an gewissen Stellen sehr eng und unübersichtlich sind. Falls eine Person das Pech hat, an der unübersichtlichsten Stelle einem – gegenüber früher deutlich breiteren – Bus zu begegnen, kann sie nur kreuzen, wenn ihr Auto wirklich sehr klein ist. Darüber hinaus gibt es auf dieser Strecke weder Trottoirs, noch Radstreifen, noch irgendeine annehmbare Strassenbeleuchtung. Dieser Strassenabschnitt hat in allen Belangen eine Sanierung nötig.

Was in einem normalen Gelände relativ einfach zu bewerkstelligen ist, ist wegen einigen kniffligen Stellen ein grösseres Projekt. Umso mehr hat es die FGPK gefreut, dass die Vorlage sorgfältig und ausführlich durch die Abteilung Bau und Umwelt vorbereitet und präsentiert wurde. Die technischen Schwierigkeiten – wie Stützmauern, Aufschüttungen, usw. – wurden umfassend erläutert. Ebenso wurden mit den Anstössern vorgängig Gespräche über kleinere Landabtretungen wie auch über bauliche Massnahmen geführt. Einbezogen wurden alle Aspekte des öffentlichen Verkehrs. Berücksichtigt wurden auch die Werkleitungen, welche gleichzeitig und koordiniert saniert werden sollten. Darüber hinaus ist das Projekt logistisch und in Bezug auf die Bauausführung sehr anspruchsvoll, da der Verkehr, insbesondere der öffentliche Verkehr, immer Durchgang haben sollte.

Da es sich um eine Kantonsstrasse handelt, liegt die Bauherrschaft beim Kanton, und das Projekt muss vorgängig durch den Grosse Rat bewilligt werden. Die Verfahrensschritte sind ebenfalls im GK 167 enthalten. Die Kosten, inkl. Aufteilung, sind nachvollziehbar dargestellt und gehen zur Hauptsache zu Lasten des Kantons. Die FGPK hat dieses Geschäft eingehend geprüft und allen Anträgen einstimmig zugestimmt. Dies empfiehlt sie dem Einwohnerrat ebenfalls.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet die Vorsitzende die Eintretensdebatte.

Hr. Urs Schaufelberger, Stadtrat, möchte im Sinne der Effizienz noch warten mit seinen Erläuterungen. Vielleicht kann er nach den Voten der Fraktionen gleich auf einige Fragen reagieren.

Hr. Heinz Vöckl nimmt es vorweg, dass auch die FDP-Fraktion hinter dem Ausbauprojekt K315 Mühlethalstrasse steht. Sie beurteilt die vorgesehenen Projektparameter, wie Fahrbahnbreite von 6.0 m, Geh- und Radwegbreite von 2.50 m resp. nur Radstreifen bergwärts von 1.50 m sowie das Einbauen von lärmreduzierenden Belägen, als sinnvoll und zweckmässig.

Folgende 3 Punkte sprechen für dieses Projekt:

- **Der bauliche Zustand der Kantonsstrasse ist ungenügend und bedingt erhöhten Unterhalt:** Die Fahrbahnbreite ist grösstenteils zu schmal, der Belag hat sein Lebensalter längstens erreicht, fehlende Bankette seitwärts sind gefährlich (es besteht Absturzgefahr), die Hangstabilität ist ungenügend, die Strassenentwässerung ist defekt und lückenhaft, und die dringend notwendige Sanierung der Werkleitungen steht an.
- **Die Verkehrssicherheit** wird insbesondere für Fussgehende und Radfahrende massiv verbessert. Das Kreuzen von Bussen oder Lastwagen wird auch an den vielen engen Stellen möglich, was ebenfalls zur Verkehrssicherheit beiträgt. Kreuzungsmanöver führen täglich zu gefährlichen Situationen. Nachdem es im besten Fall noch 4 bis 5 Jahre geht, bis das Nadelöhr Mühlethalstrasse eliminiert ist, bittet die FDP-Fraktion den Stadtrat, mit den kantonalen Stellen ein Lastwagenfahrverbot (Zubringerdienst gestattet) und/oder weitere Sofortmassnahmen, wie eine örtliche Lichtsignalanlage für den Begegnungsfall, zu prüfen.
- **Kosten:** Der Innerortsanteil für diese Baumassnahmen an der Kantonsstrasse beträgt für Zofingen zurzeit 57 %. Mit 23 % an den Gesamtkosten kommt Zofingen bei diesem Vorhaben sehr gut davon. Dies kommt daher, dass von den 858 m Ausbaustrecke nur 390 m dem Innerort zugeordnet sind. Ca. alle 10 Jahre werden die Überbauungen entlang der Kantonsstrassen neu beurteilt und die Innerortsanteile meistens erweitert. Dies generiert für die Gemeinden grössere Beiträge. Somit sprechen auch die Kosten für eine rasche Zustimmung.

Unter Berücksichtigung dieser positiven Punkte steht die FDP-Fraktion hinter diesem Ausbauprojekt.

Hr. Michael Wacker erklärt, dass die SP das Problem des schlechten Zustandes dieser Strasse in das Mühlethal ebenfalls kennt. Auch auf der Uerkner Seite befindet sich die Kantonsstrasse im selben schlechten Zustand. Vor diesem Hintergrund ist es nicht erstaunlich, dass im Zofinger Tagblatt sogar über die Idee eines Basistunnels von Zofingen nach Uerkheim gelesen werden konnte.

Aber Spass beiseite: Die SP ist erfreut, dass nebst der Berücksichtigung des motorisierten Individualverkehrs verschiedene andere Massnahmen in dieses Projekt eingeflossen sind. Die Massnahmen für den Langsamverkehr (Velo und Fussgehende) schienen der SP notwendig und auf dem Stand der heutigen Standards. Dass in den Massnahmen für den öffentlichen Verkehr nicht nur die rein verkehrstechnischen Aspekte berücksichtigt werden, sondern die Stadt das Label „Energistadt“ nun auch zu leben beginnt und auf die Buswarthäuschen Photovoltaik-Anlagen installiert, freut die SP. Sie wertet dies als deutliches Zeichen nach aussen, dass etwas aus diesem Label gemacht wird. Besonders Freude hat die SP-Fraktion auch an den Massnahmen für die Natur und Umwelt. Dies nicht nur, weil sie realisiert werden sollen, sondern weil sie in der Vorlage speziell erwähnt werden.

Trotzdem möchte die SP es nicht unterlassen, zwei ihrer Ansicht nach wichtige Punkte ganz speziell zu erwähnen:

1. Die SP-Fraktion wünscht der Stadt und dem Kanton möglichst viel Erfolg bei der schnellen Umsetzung des Projekts. Dies einerseits beim notwendigen Landerwerb und andererseits bei der logistischen Umsetzung des Bauvorhabens.
2. Vor dem Hintergrund, dass dieses Bauvorhaben auch noch durch den Grossen Rat bewilligt werden muss, erwartet die SP vom Einwohnerrat eigentlich, dass er dieser Vorlage einstimmig zustimmt. So wird nämlich ein deutliches Zeichen Richtung Aarau gesetzt.

Hr. Hans Rudolf Schlatter muss nach dem Votum von Michael Wacker trotzdem noch kurz etwas sagen. Zuerst einmal ist die Dynamische Mitte ganz klar für den Ausbau dieser Strasse. Es profitieren auch alle davon. Aber auf die Buswarthäuschen wird er in der Detailberatung nochmals zu sprechen kommen.

Hr. Urs Schaufelberger, Stadtrat, möchte zuerst einmal seinen Vorrednern für die positive Aufnahme des Projekts danken. Bevor er zu den in den Voten einzeln angesprochenen Punkten etwas sagt, hier noch einige Vorbemerkungen:

Es ist unbestritten, dass das Projekt überfällig ist. Der Sicherheitsaspekt wurde mehrfach erwähnt. Ebenso der Ausbaustandard. Letzte Woche hat er im Rahmen der Überprüfung der Kantonsstrasse vom Kanton den Inspektionsbericht der Kunstbauten erhalten. Darin musste er sich Bilder und Beurteilungen von Stützmauern entlang der K315 ansehen, welche höchst unerfreulich sind. Auch die Beurteilung des Kantons zeigt in diesen Bereichen höchste Dringlichkeit für dieses Projekt.

Stadtrat Urs Schaufelberger ist glücklich, dass dieses Projekt heute vorliegt. Es hat eine sehr lange Leidensgeschichte. Die Mühlethaler Vertreterinnen und Vertreter wissen dies wahrscheinlich noch fast besser als er selber. Und trotzdem ist es nicht selbstverständlich. Es scheint ihm ganz wichtig, dass er dies hier rasch sagen kann. Es hat wirklich viele Anstrengungen und Interventionen benötigt, damit man heute so weit ist. Das kostenintensive Projekt ist überfällig, aber für den nicht so wahnsinnig langen Strassenabschnitt ist dies ein Haufen Geld. Dies hängt mit den schwierigen geologischen Verhältnissen zusammen und führt dazu, dass der Verfahrensweg ein wenig länger wird. Es ist als Grossprojekt zu behandeln und wird nächstes Jahr als Geschäft dem Grossen Rat vorgelegt.

Beim Kanton stand das Projekt tatsächlich nicht immer ganz zuoberst auf der Prioritätenliste. Den Grund hat Heinz Vöckel sehr eindrücklich dargelegt. Es ist nämlich so, dass der Anteil des Innerortsbereiches kleiner ist und im Ausserortsbereich der Kanton zu 100 % finanzieren muss. Wenn man bedenkt, dass es beim Milchhüsli nicht zu Ende ist, sondern in Richtung Uerkheim

noch weiter geht, kann man sich vorstellen, dass stattliche Summen zusammenkommen. Der Stadtrat musste bis zum Baudirektor intervenieren und vorstellig werden, damit das Projekt auf der Prioritätenliste wirklich wieder dorthin kommt, wo es vom Sicherheitsaspekt her hingehört. Er hofft auf ein klares Signal, dass Zofingen diesem Projekt zustimmen kann.

Der Einwohnerrat konnte die Projektdetails lesen und die Pläne anschauen. Dazu möchte sich Stadtrat Urs Schaufelberger nicht mehr äussern. Es wurde versucht, eine breite Auslegeordnung zu machen und nebst dem baulichen Projekt auch andere „Nebenaspekte“ mit einzu beziehen – die Massnahmen im Bereich Natur und Landschaft wurden bereits angetönt. So dass der Einwohnerrat hoffentlich ein umfassendes Gesamtpaket vor sich hat.

Für den Stadtrat ist auch klar, dass es mit einer allfälligen Zustimmung zu diesem Projekt nicht abgeschlossen ist, was diese Strasse anbelangt. Nicht nur die Mühlethalerinnen und Mühlethaler wissen, dass beim Milchhüsli die Welt noch nicht aufhört. Mindestens bis zur Gemeindegrenze geht es weiter. Auch dort hat es einen Strassenabschnitt, welcher sanierungs- und ausbaubedürftig ist. Der Stadtrat hat bereits Beschlüsse gefasst, dass, wenn dieses Projekt gutgeheissen wird, er beim Kanton wieder vorstellig wird, um auch diesen Teilabschnitt in Angriff zu nehmen. Wenn man bedenkt, wie lange die Vorlaufzeiten für ein solch grosses Projekt sind, wäre dies wahrscheinlich das richtige Signal.

Noch kurz etwas zu den Sofortmassnahmen, welche Heinz Vöckel angesprochen hat. Es ist ein Projekt, welches auf dem Papier bestenfalls für das Jahr 2012 terminiert ist. Dies ist ein langer Zeithorizont. Der Stadtrat möchte seinerseits bis zu dem Moment, da die Strasse definitiv ausgebaut werden kann, Verbesserungen anbringen. Am letzten Freitag fand eine Besprechung mit dem Leiter Verkehrstechnik der Abteilung Tiefbau und dem Busbetreiber statt, an der genau diese Problematik besprochen wurde. Gestützt auf verschiedenste Varianten, welche ein Ingenieurbüro bereits ausgearbeitet hat, wurden die verschiedenen Massnahmen diskutiert. Dem Stadtrat ist es ein grosses Anliegen, dass etwas getan wird. Solche Sofortmassnahmen dürfen aber in keiner Art und Weise dazu führen, dass der Druck für die Realisierung des Projekts abnimmt. Dies scheint Stadtrat Urs Schaufelberger aus Zofinger Sicht eine ganz wichtige Randbedingung, und er hat diese anlässlich dieser Besprechung auch entsprechend deponiert. Selbstverständlich muss im Rahmen dieser Massnahmen noch über den Kostenteiler und weitere Angelegenheiten diskutiert werden. Dies ist Gegenstand der jetzigen Verhandlungen.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet die Vorsitzende die Detailberatung über die Vorlage.

### III Gesamtkosten

Hr. Hans Rudolf Schlatter stellt fest, dass in der Vorlage auf Seite 2 unten steht, die Buswartehäuschen würden mit Solar- oder Photovoltaik-Panels bestückt. Da dachte er: „Super, dies ist eine gute Idee“. Er verstand zwar nicht ganz, was das „oder“ dazwischen sollte, aber die Beleuchtung ist gesichert, und man könnte sogar Strom ins Netz einspeisen. Es braucht allerdings noch je einen Wechselrichter pro Häuschen, damit dieser eingespeisen werden kann.

Als er zur Kostenzusammenstellung auf Seite 5 kam, fiel er allerdings beinahe um. CHF 90'000.– soll diese Energietechnik kosten. Wie alle wissen, ist er doch ein ziemlich „Grüner“ und hat seit 10 Jahren Photovoltaikzellen auf seinem Hausdach und speist den Strom in das Netz ein. Er weiss ungefähr, was ein Quadratmeter Photovoltaikzellen kosten darf.

Es sind 3 Häuschen, welche vielleicht 2 x 3 m gross sind. Dies ergibt ungefähr 6 m<sup>2</sup> Dachfläche pro Häuschen. Bei 3 Häuschen ergibt dies 18 m<sup>2</sup>, aufgerundet 20 m<sup>2</sup> Panels für CHF 90'000.–. Vor 10 Jahren bezahlte Hans Rudolf Schlatter für 34 m<sup>2</sup> ca. CHF 50'000.–. Und wenn er heute bei der Firma Jenni in Burgdorf nachfragt, was man heute für CHF 90'000.– installieren kann, sagt diese, man erhalte ungefähr 75 bis 80 m<sup>2</sup>. Also viermal mehr für den gleichen Preis. Dies ist jenseits von gut und böse. Hans Rudolf Schlatter hat das Gefühl, die Energiestadt Zofingen hat bisher noch nicht viel gemacht und gibt jetzt ein wenig Geld aus, um diese 3 Buswartehäuschen umweltgerecht zu machen.



Jetzt kann höchstens noch der Stadtrat sagen, dass die CHF 90'000.– falsch sind. Es kostet nicht CHF 90'000.–, sondern CHF 20'000.–. Dann müsste nochmals darüber geredet werden. Wenn aber solche Fehler vorhanden sein sollten, macht Hans Rudolf Schlatter ein grosses Fragezeichen hinter die ganzen Kostenzusammenstellungen. CHF 90'000.– für 20 m<sup>2</sup> Photovoltaikzellen ist fern von gut und böse.

In 2 oder 3 Jahren ist die Sanierung der Bezirksschulturnhalle vorgesehen. Dort gibt es ein grosses Flachdach, welches mit 200 m<sup>2</sup> Photovoltaikzellen bestückt werden könnte. Dies würde nur 2 Wechselrichter benötigen und würde wirklich etwas bringen. Deshalb stellt Hans Rudolf Schlatter folgenden Antrag:

*Streichen der CHF 90'000.– und Bewilligung von CHF 165'000.– für die Bus-Warteeinrichtungen.*

Fr. Patricia Kettner hält fest, dass diese Zahl der FDP ebenfalls sauer aufgestossen ist. Bevor abgestimmt wird, möchte sie schon gerne wissen, wie sich dieser Betrag zusammensetzt und ob dies nicht günstiger zu haben wäre. Überhaupt die ganze Position Bus-Warteeinrichtungen.

Noch etwas zur Strassenbeleuchtung: Die Geiserstrasse – dort geht es nach dem Milchhüsi weiter – ist saniert, und die StWZ hat damals eine Strassenbeleuchtung wie an der Bahnhofstrasse in Zürich erstellt. Sie möchte dazu keinen Antrag stellen, aber es wäre in der Verantwortung von jenen, welche dies ausführen, eine vernünftige Sache zu erstellen. Patricia Kettner scheint eine Strassenbeleuchtung in diesem Umfang sowie CHF 90'000.–, oder auch CHF 80'000.–, für 3 Wartekabinen ein grosser Betrag. Sie ist aber keine Spezialistin und verzichtet deshalb auf einen Antrag, appelliert aber an jene, welche dies ausführen werden, vernünftig zu handeln und keine Luxuslösungen hinzustellen.

Hr. Urs Schaufelberger, Stadtrat, bringt gerne noch einige Ergänzungen an. Vielleicht vorneweg die Bemerkung, dass alle bestrebt sind, keine Luxuslösungen zu produzieren. Dies kann hier festgehalten werden. Man erachtet es aber durchaus als sinnvoll und auch als Fortsetzung des Konzepts, mindestens eine einseitige Strassenbeleuchtung zu erstellen. Nicht zuletzt im Sinne der Verkehrssicherheit und für die Zweiradfahrenden. Dies ist wirklich eine sinnvolle und notwendige Investition.

Stadtrat Urs Schaufelberger hat ein gewisses Verständnis dafür, wenn einem diese Zahlen auf den ersten Blick hoch erscheinen. Er möchte dazu einige Ausführungen machen. Er geht davon aus, dass der Stadtrat und die öffentliche Hand mit ihrem Handeln eine Vorbild- und Signalwirkung haben. Es soll ein echtes Bemühen vorhanden sein, die erneuerbaren Energien zu fördern. Der Stadtrat erachtet dies als ein Gebot der Stunde und als seine Pflicht, auf sinnvolle Möglichkeiten hinzuweisen und diese in seine Projekte einzubauen. Auf dem Dach der Bezirksschulturnhalle etwas installieren? Selbstverständlich. Das eine tun, das andere nicht lassen.

Der Stadtrat liess auch abklären, ob eine solche Investition sinnvoll ist. Für Stadtrat Urs Schaufelberger ist aber noch etwas anderes wichtig. Er hat dies auch in der FGPK dargelegt. Die Idee ist nicht die, dass die 3 Bushäuschen mit Solarpanels bestückt werden, damit das Gewissen beruhigt ist. Der Stadtrat hat das Ganze in ein Konzept eingebettet. Der Einwohnerrat hat dies heute Abend im Rahmen des Investitionsplans auch mehrheitlich zur Kenntnis genommen. Im Investitionsplan heisst es ein wenig salopp „Sanierung Busterminal und Buswartehäuschen“. Der Stadtrat hat eine Gesamtbeurteilung vorgenommen, um zu wissen, wo in den nächsten Jahren auf dem Gemeindegebiet überall Sanierungsbedarf bei den Bus-Warteeinrichtungen besteht und hat zusammen mit einer Firma erste Abklärungen getroffen und dies als Konzept verabschiedet. Mit diesen Buswartehäuschen soll begonnen und danach etappiert geplant und durchgezogen werden. Der grösste Brocken in diesem Rahmen ist sicher die Sanierung des Glasdaches auf dem Busterminal. Auch eine solche Fläche, bei welcher es um mehr Quadratmeter geht, möchte der Stadtrat in seine Überlegungen mit einbeziehen.

Ein weiterer Punkt ist ihm ebenfalls wichtig. Er hat zusammen mit anderen Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern Einsitz in der Kommission ÖV. Dort hat er das Erneuerungskonzept vorgestellt, mit dem Gedanken, auch andere Gemeinden für diese Idee gewinnen zu

können. Umliegende Gemeinden haben ihn bereits angefragt, ob sie, wenn bei ihnen Sanierungsbedarf besteht, sich einklinken können.

Die vorgesehenen Solarpanels wurden von einer renommierten sowie schweizerisch und international führenden Firma offeriert. Diese Firma ist bestimmt keine Eintagsfliege. Pro Bushäuschen wurden ein wenig mehr Quadratmeter berechnet, nämlich 15, was eine Fläche von 45 m<sup>2</sup> ergibt. Die Berechnungen durch Fachleute haben Werte ergeben, welche den Stadtrat zur Überzeugung gebracht haben, dass die Energiespeisung durchaus Sinn macht.

Man spricht hier nicht über ein Projekt, welches heute oder morgen umgesetzt wird. Das Projekt wird in schätzungsweise 4 Jahren realisiert werden können. Dem Stadtrat geht es heute um dieses Projekt. Die Zahlen sind im Detail vorhanden und hätten selbstverständlich auf der Abteilung Bau und Umwelt eingesehen werden können. Die Preise basieren auf einer Offerte und auf Abklärungen dieser Spezialfirma. So, dass diese Panels in die Dächer der Bushäuschen integriert werden können. Wenn das Projekt ausführungsfähig ist, werden in diesem Rahmen auch andere Möglichkeiten geprüft. Es gäbe günstigere Möglichkeiten. Man könnte diese Panels auch einfach auf den Dächern aufstellen. Hier muss aber auch geschaut werden, was Sinn macht, und es gibt noch andere Aspekte, auch vom Erscheinungsbild her. Der Stadtrat will wirklich keine Luxuslösungen, und für ihn geht es hier um etwas anderes. Er möchte nicht ein Pflasterchen, um etwas zuzudecken, sondern damit ein Signal senden. Auch wenn dies in dieser Vorlage integriert ist. Für den Stadtrat ist es ein Signal gegen aussen, dass er der Frage der erneuerbaren Ressourcen und deren sinnvollem Einsatz Gewicht gibt. In diesem Sinne bittet Stadtrat Urs Schaufelberger den Einwohnerrat, den Antrag von Hans Ruedi Schlatter abzulehnen.

Fr. Claudia Hauri möchte nur noch ganz kurz auf diese Photovoltaikzellen eingehen. Für sie ist es schon mal falsch, dass in der Vorlage Solar- oder Photovoltaik-Panels steht. Schlussendlich geht es um Strom, und dies ist Photovoltaik. Irgendwelches Warmwasser kann man nicht brauchen auf diesen Bushäuschen. Weiter möchte sie beliebt machen, solche Sachen in Zukunft als Energiepreis anzugeben. Das heisst, der Einwohnerrat hat die gesamte Wirtschaftlichkeitsberechnung zur Verfügung und weiss, wie viel das kWh kostet, welches dort erzeugt werden kann. Dies über die Lebensdauer dieser Photovoltaikzellen.

Hr. Hans Rudolf Schlatter möchte einfach klarstellen, dass es die Energiezuleitung und -wegleitung genau gleich braucht, ob diese Panels jetzt auf dem Dach stehen oder nicht. Wenn man Strom zurückspeisen will, braucht es einen Draht, und wenn man zu wenig Strom produziert und solchen beziehen muss, braucht es ebenfalls diesen Draht. Dort spart man gar nichts. Hans Rudolf Schlatter ist für Photovoltaikzellen, sonst hätte er diese nicht auf seinem Hausdach, aber es muss trotzdem noch ökonomisch sinnvoll sein. Für ihn ist dies einfach nicht sinnvoll, auch wenn es am Schluss 40 m<sup>2</sup> sind für CHF 90'000.–. Dies ist immer noch doppelt so teuer als das, was man sonst machen könnte. Pro Häuschen einen Wechselrichter zu installieren, ist ebenfalls sinnlos, wenn man für 100 m<sup>2</sup> einen Wechselrichter brauchen könnte. Hans Rudolf Schlatter hält an seinem Antrag, die CHF 90'000.– zu streichen, fest.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die Vorsitzende lässt über den Antrag von Hans Rudolf Schlatter abstimmen:

*Streichen der CHF 90'000.– und Bewilligung von CHF 165'000.– für die Bus-Warteeinrichtungen.*

Der Antrag wird mit 18:14 Stimmen abgelehnt.

Nun ist es 20.25 Uhr. Laut § 9 Abs. 2 auf Seite 5 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates muss die Vorsitzende den Einwohnerrat fragen, ob er bereit ist, über 3 Stunden Sitzung zu halten, oder ob er diese unterbrechen und die restlichen Traktanden morgen beraten möchte. Sie geht davon aus, dass dies nicht der Fall ist und fährt mit der Detailberatung über die Vorlage fort.

Nachdem das Wort nicht weiter gewünscht wird, lässt die Vorsitzende über die stadträtlichen Anträge abstimmen:

1. Für den Ausbau der K315 Mühlethal, Hauptstrasse mit Radstreifen sei ein Kredit von CHF 1'869'000.–, zuzüglich allfälliger Bauteuerung, zu bewilligen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 36:0 Stimmen zugestimmt.

2. Für die Erneuerung und Ergänzung der Strassenbeleuchtung sei ein Kredit von CHF 260'000.–, zuzüglich allfälliger Bauteuerung, zu bewilligen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 35:0 Stimmen (bei Enthaltungen) zugestimmt.

3. Für die Erstellung der Bus-Warteeinrichtungen sei ein Kredit von CHF 265'000.–, zuzüglich allfälliger Bauteuerung, zu bewilligen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 21:13 Stimmen (bei Enthaltungen) zugestimmt.

Art. 123

**GK 173**

**Dringliche Interpellation von Robert Weishaupt, DYM/CVP, und Mitunterzeichnende vom 20. Oktober 2008 betr. Vandalismus in den Toiletten-Anlagen „Heitere“ (Begründung und Beantwortung)**

Hr. Robert Weishaupt dankt nochmals für die Dringlicherklärung. Eigentlich steht alles in der Interpellation geschrieben. Man ist also auf die Antworten des Stadtrates gespannt. In den Antworten des Stadtrates erwartet er auch einige neuere und bessere Massnahmen, mit welchen in Zukunft Zerstörungen, Sprayereien und Verwüstungen durch Littering bekämpft werden.

Hr. Herbert H. Scholl, Stadtrat, beantwortet im Namen des Stadtrates gerne die dringliche Interpellation von Robert Weishaupt. Die Zielrichtung der Interpellationsfragen deckt sich vollkommen mit den Absichten des Stadtrates. Der Stadtrat bekämpft mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln die zunehmende Gewaltbereitschaft, den zunehmenden Vandalismus und die zunehmende Geringschätzung von öffentlichem und privatem Eigentum. Diese Entwicklung bereitet ihm Sorgen, wie vermutlich allen anderen auch.

Was gibt es für Massnahmen? Der Stadtrat hat bereits vor Wochen der Leitung der Regionalpolizei den Auftrag erteilt, ein Konzept zur Überwachung von öffentlichem Raum mit Videokameras – vor allem von gefährdeten Bauten und Anlagen – zu erarbeiten. Die Regionalpolizei ist dabei, dieses Konzept in Zusammenarbeit mit den Bereichen Bau und Umwelt und Soziales auszuarbeiten. Der Stadtrat erwartet das Konzept bis Ende Jahr. Es ist so, dass Videoaufnahmen im öffentlichen Raum seit Mitte Jahr durch eine kantonale Instanz genehmigt werden müssen. Man ist also nicht ganz frei. Thomas Bühler kann er beruhigen: Beim Konzept geht es nicht um die Überwachung der Fussgängerzone in der Altstadt. Nicht dass noch mehr Interpellationen zu diesem Thema eingereicht werden müssen.

Die Regionalpolizei überwacht den öffentlichen Raum an den Wochenenden seit einigen Wochen mit 2 Doppelpatrouillen. Innerhalb der Altstadt, ausserhalb der Altstadt, auf dem Heiterplatz, beim Bahnhof sowie bei weiteren gefährdeten Objekten. Es ist aber so, dass man dies nur überwachen kann. Zwischen bewachen und überwachen besteht ein Unterschied. Rund um die Uhr bewachen ist mit den aktuellen Mitteln nicht möglich. Für 22 Gemeinden stehen 24 uniformierte Polizistinnen und Polizisten zur Verfügung. Die Steigerung des Aufwandes der Regionalpolizei im Budget beträgt eben nicht 20 %, sondern 3,5 % was die Stadtleistungen anbelangt und 2 % was die Regionalpolizei anbelangt. Die Zahl 20 % bezieht sich lediglich auf den Nettoaufwand und ist auf budgettechnisch mindere Verrechnungen der Dienstleistungen, weniger Rückerstattungen und – als zentraler Punkt – den Rückgang der Parkbussen zurückzuführen. Der Stadtrat hätte sich kaum getraut, eine Steigerung um 20 % vorzuschlagen.

Mit diesen Massnahmen – vermehrte Kontrolle durch personelle und elektronische Mittel – erhofft sich der Stadtrat auch eine präventive Wirkung, und er ist froh, wenn dies so bekannt gemacht wird. Die Repression ist aber nur ein Teil. Nun kommt die Prävention dazu. Ohne präventive Massnahmen bringt man diese Entwicklung nicht zum Stoppen und kann sie auch nicht rückgängig machen. Bei den Präventivmassnahmen steht die Jugendarbeit im Vordergrund. Der Stadtrat ist froh, dass hier gute Fortschritte erzielt wurden. Vor allem mit dem Projekt Heitere Box, bei welchem eine 3-jährige Pilotphase zu Ende ging. In der Zeit, als die Heitere Box in Betrieb war, war ein deutlicher Rückgang der Gewaltanwendung auf dem Heiternplatz zu verzeichnen. Der Stadtrat lässt dies durch eine externe Stelle überprüfen und evaluieren und ist zuversichtlich, dass aus dieser Überprüfung zusätzliche Impulse für die Prävention resultieren werden, welche nachher umgesetzt werden können.

Sämtliche Massnahmen zur Rückgängigmachung von ungünstigen Entwicklungen in der Gesellschaft sind nur dann möglich, wenn sie von der Gesellschaft mitgetragen werden. Und zwar von allen. Stadtrat Herbert H. Scholl fragt deshalb die Damen und Herren des Einwohnerates, wann sie persönlich das letzte Mal eine Gesetzesbrecherin oder einen Gesetzesbrecher zur Rechenschaft gezogen haben. Wann haben sie das letzte Mal einem Velofahrer, welcher auf dem Trottoir Leute gefährdet, gesagt, dass dies nicht zulässig sei? Wann haben sie das letzte Mal einer Velofahrerin gesagt, dass sie nicht über den Fussgängerstreifen fahren darf? Und wann haben sie das letzte Mal einer Person, welche achtlos Abfall auf den Boden fallen gelassen hat, gesagt, sie solle dies wieder aufheben? Dies braucht Mut. Man wird „angezündet“ und blöd hingestellt. Aber die Vorfahren haben dies noch getan. Vielleicht haben einige in der Schule auch noch erlebt, dass Erwachsene und Lehrpersonen für Ruhe und Ordnung gesorgt haben. Die Repressions- und Präventionsmassnahmen müssen von der Bevölkerung getragen werden. Nur so gelingt es, diese Entwicklung rückgängig zu machen.

Stadtrat Herbert H. Scholl versichert Robert Weishaupt im Namen des Stadtrates, dass die vorhandenen Repressions- und Präventionsmassnahmen angewendet werden, laufend beurteilt wird, wo sich die gefährdeten Objekte und Anlagen befinden, und die Mittel dort gezielt eingesetzt werden. Aber ohne Mithilfe der gesamten Bevölkerung wird es nicht gelingen, da muss man sich keine Illusionen machen. Der Stadtrat hat die gleiche Zielsetzung und freut sich auf eine enge Zusammenarbeit.

Hr. Robert Weishaupt ist nicht zufrieden. Ihm fehlen die Antworten zu den Punkten 1 und 4.

Hr. Herbert H. Scholl, Stadtrat, entgegnet, dass er den Punkt 1 beantwortet hat. Er wiederholt, dass ein Konzept mit Videoüberwachung und zusätzlichen persönlichen Kontrollen erarbeitet wird.

Hr. Robert Weishaupt fragt nach, ob auch bauliche Massnahmen ergriffen werden.

Hr. Herbert H. Scholl, Stadtrat, antwortet, dass von der Polizei aus momentan diese Massnahmen ergriffen werden. Bauliche Massnahmen auf dem Heitern werden geprüft.

Selbstverständlich erfolgt bei sämtlichen Sachbeschädigungen eine Strafanzeige. Auch bei der letzten Sachbeschädigung wurde eine Strafanzeige eingereicht. Es konnte sogar ein kleiner Erfolg verbucht werden. Die Täter, welche für die Sprayereien bei der Halfpipe verantwortlich sind, konnten überführt werden.

## Art. 124

### **Umfrage**

#### Hinweis der Protokollführung

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt, und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Fr. Liz Ruch hat eine kleine Anfrage zum Wochenmarkt. Dieser findet aktuell immer noch auf dem Thutplatz statt. Sie hat bemerkt, dass die Marktfahrer und Marktbesucher ein wenig unsicher sind, wie lange diese Phase noch andauern wird. Es ist auch eine gewisse Unzufriedenheit zu spüren. Wie lange findet der Wochenmarkt noch auf dem Thutplatz statt bzw. ab wann wird er wieder in der Markthalle stattfinden? Und bleibt er dort?

Hr. Herbert H. Scholl, Stadtrat, beantwortet diese Frage gerne. Dies wurde mit den Marktfahrern besprochen. Auf den 1. November 2008 wird der Wochenmarkt wieder in die Markthalle und auf den anschliessenden schön gestalteten Alten Postplatz verlegt. Dies ist keine Unsicherheit, darüber gibt es sogar ein schriftliches Protokoll. Im November wird in der Markthalle noch eine kleine Beeinträchtigung vorhanden sein, weil die Kanalisationsarbeiten im Zusammenhang mit der Neupflasterung der Altstadt noch nicht ganz abgeschlossen sind. Das eine oder andere Loch muss noch abgedeckt werden. Aber ab 1. November 2008 wird der Markt wieder dorthin umziehen und auf Wunsch der Marktfahrer dort bleiben.

Fr. Patricia Kettner hält fest, dass vor 2 Jahren im Anschluss an die letzte Einwohnerratssitzung alle zusammen „querbeet“ essen gegangen sind. Sie darf im Namen ihrer Kollegen Fraktionspräsidenten verkünden, dass sie dies wiederum durchführen möchten und bittet alle, sich den Abend im Anschluss an die letzte Einwohnerratssitzung dieses Jahres zu reservieren. Die Einladung erfolgt über die Fraktionschefs.

Die Vorsitzende bedankt sich im Namen des Einwohnerrates für die Einladung und wird sich den Termin auf jeden Fall notieren.

Hr. Hans-Martin Plüss möchte vom Stadtrat sowie vom Ratsbüro wissen, wann das Postulat bezüglich Städtische Werke beantwortet wird und insbesondere, ob dies an der nächsten Sitzung stattfinden könnte.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, erklärt, dass es durchaus möglich ist, diese Fragen an der nächsten Einwohnerratssitzung zu beantworten. Der Stadtammann möchte dem Einwohnerrat mitteilen, was definitiv unternommen wird und in welche Richtung es gehen soll. Momentan findet die Evaluation eines neuen Direktors für die StWZ Energie AG statt, und die StWZ befinden sich mitten in einem Strategieprozess. Der neue Direktor, welcher voraussichtlich bis Mitte November bestimmt wird, soll den letzten Teil dieses Strategieprozesses mitgestalten können. Dann kann ganz genau gesagt werden, in welche Richtung marschiert werden soll.

Der Stadtammann kann die Fragen schon beantworten und sagen, was noch folgen wird. Aber aufgrund dessen, wie die Fragen gestellt wurden, möchte der Einwohnerrat verbindliche Antworten, was die Strategie anbelangt. Der Stadtammann hat sich das Recht genommen, diese Zeit einzusetzen, um dem Einwohnerrat genaue Antworten zu geben. In allen parlamentarischen Vorstössen wurden klare Fragen gestellt. Er wird sich mit der Einwohnerratspräsidentin absprechen, ob die Beantwortung dann stattfinden soll, wenn nicht nur gesagt werden kann, was unternommen wird, sondern die Zukunft detailliert aufgezeigt werden kann. Der Stadtammann ging bisher davon aus. Der Einwohnerrat hat zu bedenken, dass noch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dahinter stehen, welche durch diese parlamentarischen Vorstösse echt verunsichert wurden. Er möchte gerne, wenn er hier zu diesen Fragen öffentlich Stellung nimmt, ein wenig Sicherheit geben können. Dies kann er momentan nicht, weil der Prozess mitten drin steckt und verlangte Abklärungen noch nicht getroffen werden können.

Schluss der Sitzung: 20.42 Uhr


Für getreues Protokoll:

DIE RATSPRÄSIDENTIN



Käthi Hagmann

DER PROTOKOLLFÜHRER



Arthur Senn

**Anhang**

- PowerPoint-Präsentation zum Voranschlag 2009